

Bezugspreis: Vierteljährlich 3.- M., monatlich 10.- M. ...

Vorwärts

Anzeigenpreis: Die abgipraltete Kompositionelle ...

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Sonnabend, den 19. März 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Oberschlesier, stimmt deutsch!

Der Reichspräsident erläßt folgenden Aufsat: Oberschlesier!

Die Stunde der Entscheidung ist gekommen. Von Euch wird es abhängen, ob Oberschlesien, durch Jahrhunderte mit Deutschland vereinigt, in Jahrhunderten mit Deutschland groß geworden, sich auch in Zukunft in Blüte und Wohlstand weiter entwickeln kann.

Oberschlesier! Voll Stolz und voller Zuversicht blüht das ganze deutsche Volk an Eurem Schicksalstage auf Euch, aus allen Teilen des Reiches, aus dem Auslande sind Eure Brüder und Schwestern zur Euch gekommen, um aller Welt die Einmütigkeit aller Deutschen und die Zusammengehörigkeit Oberschlesiens mit dem Deutschen Reich zu beweisen.

Oberschlesier! Die Stunde der Entscheidung ist da. Das deutsche Volk und die Deutsche Regierung hoffen und vertrauen auf Euch. Denkt an Eure Zukunft, denkt an Euch und Eure Klader und stimmt für ein deutsches Oberschlesien!

Der Reichspräsident: Ebert. Der Reichskanzler: Jochenbach.

Die letzten Sonderzüge.

Gegenüber der Abfahrt eines der Sonderzüge nach Oberschlesien begrüßte Freitag abend 1/2 Uhr Außenminister Dr. Simons auf dem Schlesischen Bahnhof die Oberschlesier namens der Reichsregierung; die Regierung bürgte dafür, daß den Heimatstreuen während der Fahrt und im Abstimmungsgebiet keine Gefahren drohen würden.

Der letzte Abstimmungsabzug verließ heute Nacht 1 Uhr Berlin, da alle Sonderzüge Sonnabend, nachts 12 Uhr, die Grenze, die hoffentlich bald keine mehr sein wird, passiert haben müssen.

Die Geschäftsführung für die technischen Abstimmungsabstimmungen der Heimatstreuen gibt bekannt: Die Interalliierte Kommission hat genehmigt, daß alle Stimmberechtigten, die in der Stimmliste eingetragen sind, über ihre Wahlkarte (Wahlschein) noch nicht erhalten haben, vom französischen Konsulat in Breslau die Erlaubnis für die Einreise in das Abstimmungsgebiet erhalten können.

Ein Unparteiischer.

Warschau, 18. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Heute vormittag wurde der Berichterstatter der „Wostischen Zeitung“, Dr. Konrad Georg, von zwei Kriminalbeamten mit einem Polizeihund aus seiner Wohnung abgeholt und zum hiesigen Kreis-Kontrollleur de Biz (Franzose) geführt, angeblich zu einer „Besprechung“.

Ein Rheinland-Staatssekretär.

Berlin, 18. März. (W.B.) Das Kabinett hat beschlossen, beim Reichsministerium des Innern die Stelle eines Staatssekretärs für die rheinischen Angelegenheiten einzurichten, dem die Vertretung der rheinischen Interessen in allen Fragen, die in der Reichsverwaltung bearbeitet werden, übertragen werden wird.

Berlin, 18. März. (W.B.) Die Deutsche Liga für Völkerverbund hat über die „Sanktionen“ ein völkerrechtliches Gutachten an die Völkerverbundgesellschaften der ganzen Welt versendet. Die Liga fordert damit die anderen Völkerverbundgesellschaften auf, darauf hinzuwirken, daß beim Wiederaufbau des geistigen und wirtschaftlichen Lebens der Welt der gute Wille zur gegenseitigen Verständigung und die Einsicht in die Solidarität die Entschuldigungen bestimmen soll, sowie daß der Völkerverbund die aller Vertrags-treue widersprechenden Zwangsmaßnahmen des Obersten Rates rückgängig machen muß.

Deutschlands Angebote erledigt!

Berlin, 18. März. (W.B.) Die Sachverständigen, die an der Kritik der Pariser Beschlüsse und der wirtschaftlichen Vorbereitung des deutschen Angebots in London teilgenommen haben, sprachen heute bei dem Reichsminister des Auswärtigen vor und erklärten, daß sie auf Grund ihrer Kenntnis der deutschen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nach wie vor der Ueberzeugung sind, daß weder die mit den Pariser Forderungen der Entente noch mit den beiden Londoner Angeboten der Deutschen Regierung verbundenen finanziellen Leistungen von der deutschen Wirtschaft ausgebracht werden könnten.

Noch geht weiter.

Berlin, 18. März. (W.B.) Die Lage in Mählhelm ist unverändert. Die Stärke der Truppen, die den Bahnhof Spandau und Umgebung besetzt haben, wird auf 100 Mann geschätzt. Auch der Bahnhof Oberhausen-West ist durch einen Offizier und 15 Mann (Franzosen) besetzt.

Deutschlands Protest beim Völkerverbund.

Genf, 18. März. (W.B.) Auf das Begleitschreiben Dr. Simons an den Generalsekretär des Völkerverbundes zur Denkschrift über die Zwangsmassnahmen hat der Generalsekretär geantwortet, daß er das Memorandum sofort an die Mitglieder des Völkerverbundes weitergeleitet habe. Nebungsgemäß würden die Dokumente gleichfalls an die Mitglieder des Völkerverbundes zur Kenntnis übermittelt.

Frankreichs Strafzollgesetz.

Die französische Kammer hat das Gesetz über den 50prozentigen Strafzoll gegen Deutschland mit 421 gegen 66 Stimmen kurz nach der Einbringung auch schon angenommen und die gegen Deutschland angewandten Maßnahmen gutgeheißen.

Basel, 18. März. Die „Nationalzeitung“ weist im Handelssteuerrat darauf hin, daß entgegen allen Erwartungen beim Eintritt der „Sanktionen“ der französische Franken mehr zurückgegangen ist als die deutsche Mark.

Das Unterhaus hat einen Antrag, die Reparationsbill zu vertagen, bis Frankreich, Italien und Belgien eine ähnliche Maßregel angenommen hätten, mit 204 gegen 39 Stimmen abgelehnt.

Polnische Demokratie.

Warschau, 18. März. (O.E.) Die polnische Verfassung ist im Sejm endgültig angenommen worden, nachdem die Kompromißverhandlungen die Linke veranlaßt hatten, von ihrer Obstruktion Abstand zu nehmen. Das Zweikammersystem ist beibehalten worden, dagegen hat die Rechte die Möglichkeit einer Revision der Verfassung erleichtern müssen.

Paris, 18. März. (E.E.) Deutschland hatte der Völkerverbundkonferenz eine Note wegen der Haltung Polens in Oberschlesien überreicht. Die Konferenz antwortete mit einer Gegennote, die besagt, daß die Aufrechterhaltung der Ordnung Sache der Interalliierten Kommission sei und für den Fall eines Eingreifens deutscher Truppen die deutsche Regierung allein verantwortlich sei.

Der polnisch-russische Frieden.

Riga, 18. März. (E.E.) Die definitive Einigung der Friedenskonferenz in den Hauptkriegsfragen des Goldschutes und des Eisenbahnmaterials beruht auf folgenden Grundzügen: Nach Artikel 13 zahlt Rußland an Polen spätestens in einem Jahre nach der Ratifikation 30 Millionen Rubel in Goldmünzen oder Goldbarren. Als Ersatz für das weggeführte Eisenbahnmateriale wird die Sowjetregierung das gesamte normalspurige Material zurückstellen und den Rest mit dem Gesamtbetrag von 27 Millionen Goldrubel, zahlbar in Metallmünzen oder gleichwertiger Ware, begleichen.

Es sollen alsbald rumänisch-russische Verhandlungen in Kooval beginnen.

Ein Wechsel auf die Weltindustrie.

Von Paris.

Lynd George erklärte nunmehr mit aller Entschiedenheit, die Entente wolle keine Papierzahlungen mehr, die Schuld Deutschlands könne nur durch Sachleistungen und Arbeit abgetragen werden. Auch in Frankreich scheint man dieser Ansicht sich zuzuwenden.

Man muß aber auch die Konsequenz dieses Standpunktes ziehen und die deutsche Industrie in Bedingungen stellen, die ihre Entwicklung ermöglichen. Dann wird man sich auch der Erkenntnis nicht verschließen können, daß die deutsche Industrie sich nur im Zusammenhang mit der Weltindustrie entwickeln kann.

Und man wird auch erkennen, daß man die deutsche Industrie nicht aus dem Weltverkehr herausreißen kann, ohne die Entwicklung der Weltindustrie zu hindern.

Lynd George erzählt uns, daß England 500 Millionen Pfund jährlich hauptsächlich zur Verzinsung seiner Staatsschuld zu zahlen habe, Frankreich 12 Milliarden Frank. Ähnliche Zahlen liegen auch aus den anderen Staaten vor.

Wie sollen aber die Staaten diese Zahlungen aufrechten, wenn nicht die Produktion gesteigert wird? Ist es denkbar, daß England, dessen gesamte ordentliche Staatseinnahmen vor dem Krieg keine 200 Millionen Pfund betragen, nunmehr, außer der Deckung seines auch sonst gesteigerten Staatsbedarfs, auch noch weitere 500 Millionen Pfund Jahr für Jahr zahlen können, ohne entsprechende Steigerung seiner industriellen Tätigkeit?

Daß man über das besiegte, wehrlose Deutschland herfällt und es mit Füßen tritt, um aus ihm Geld herauszupressen — man bekommt Blut statt Geld — ist eine Ausflucht, durch die man die angeregte öffentliche Meinung täuscht, aber kein Ausweg!

Die Gläubiger der Staaten werden um ihren Besitz kommen, wenn nicht die Industrie mit aller Macht vorwärts getrieben wird. Ich denke dabei keineswegs an den politischen Widerstand, obwohl auch dieser ein sehr ernst zu nehmender Faktor ist.

Die Gläubiger der Staaten werden um ihren Besitz kommen, wenn nicht die Industrie mit aller Macht vorwärts getrieben wird. Ich denke dabei keineswegs an den politischen Widerstand, obwohl auch dieser ein sehr ernst zu nehmender Faktor ist. Lynd George erzählt uns, daß England eine Million Arbeitslose zählt. Die Zahl der Arbeitslosen ist in den anderen Ländern entsprechend groß.

Die Gläubiger der Staaten werden um ihren Besitz kommen, wenn nicht die Industrie mit aller Macht vorwärts getrieben wird. Ich denke dabei keineswegs an den politischen Widerstand, obwohl auch dieser ein sehr ernst zu nehmender Faktor ist. Lynd George erzählt uns, daß England eine Million Arbeitslose zählt. Die Zahl der Arbeitslosen ist in den anderen Ländern entsprechend groß. Wohin soll das führen? Millionen Arbeiter haben nichts zu tun, Milliarden Geldwerte liegen unproduktiv da, sammeln sich in den Taschen von müßigen Rentnern, das Volk entbehrt der notwendigsten Gebrauchsgüter, und nur die Steuern wachsen ins Unermessliche!



Industrie eingesetzt werden, werden ebenso entwertet werden wie die Schulden Deutschlands und Oesterreichs.

Darum ist denn auch Amerika, das während des Krieges zum Gläubiger Europas geworden ist, am meisten daran interessiert, die wirtschaftliche Entwicklung Europas zu fördern. Ob die Alliierten mit unserem oder mit eigenem Geld zahlen, Amerika bekommt nichts oder sehr wenig, wenn nicht die Industrie in einer Weise gesteigert wird, die diese Zahlungen ermöglicht.

Wir haben mit den gewaltigsten Mitteln der Industrie jahrelang zerstört, ohne zu produzieren. Die Kriegsschulden sind die Schlusssumme dieser Zerstörungen. Darum besitzen sie keinen Gegenwert in dem gegenwärtigen Stand der Industrie. Was bedeuten sie also? Einen Wechsel auf die zukünftige Entwicklung der Weltindustrie. Nur so können die Kriegsschulden bezahlt werden, sonst ist die Welt bankrott.

Aber ist auch die Weltindustrie imstande, diese Leistungen zu erfüllen? Unbedingt. Zunächst ist ja der Wiederaufbau die Kompensation für die Zerstörung. Und da aufbauen schwieriger ist, als zerstören, so erfordert der Wiederaufbau sogar einen größeren Aufwand von Kapital und Arbeit, als die Zerstörung. Ferner, was während acht Jahren versäumt worden ist, das muß doch nachgeholt werden. Arbeit genug, schier unbegrenzte Möglichkeiten für Kapitalanlage. Man muß nur das Ganze ins Auge fassen. Nehmen wir ein Beispiel: In Deutschland sind eine Million Wohnungen neu zu erbauen. In Frankreich sind allein im zerstörten Gebiet 800 000 Häuser ganz oder teilweise neu zu errichten; der Gesamtbedarf an neuen Wohnungen wird dort sicher nicht unter einer Million sein. Dann kommt England, die österreichischen Staaten usw. Das gibt Arbeit in Massen.

Dann hat der Weltkrieg, der eine wirtschaftliche Revolution ohne Gleichen bedeutet, die gewaltigsten Perspektiven für die Erweiterung des Weltmarkts und der Weltproduktion eröffnet. Rußland allein, wenn es zur Beherrschung kommt, braucht 200 000 Kilometer neue Eisenbahnen. Man denke an Sibirien, Zentralasien usw. Noch nie war der Bedarf an industrieller Tätigkeit so groß, wie gegenwärtig. Wir stehen vor der gewaltigsten Entwicklung der Weltindustrie, wenn erst die störende Politik engherziger Regierungen und einige wirtschaftliche Trägheitsmomente überwunden werden.

Engherzig und kleinlich ist die Politik der Alliierten selbst vom kapitalistisch-nationalen Gesichtspunkte aus. Frankreich zumal treibt eine Politik kleiner und großer Bosheiten, in der es seine Macht und sein Ansehen verbraucht. Wenn man fragt, ob Frankreich seine im Krieg gewonnene Machtstellung dadurch am besten zur Steigerung seines Ansehens und seines Wohlstandes ausnützt, das es auf dem Kriegsfußes bleibt und Deutschland ewige Feindschaft schwört, oder dadurch, daß es seine wirtschaftlichen Kräfte entwickelt, so liegt die Antwort auf der Hand. Man hat im Frieden soviel über die deutsche „pénétration pacifique“, die „friedliche Durchdringung“, geschimpft. Warum macht man es jetzt nicht nach, da man dazu ganz außerordentliche Möglichkeiten besitzt?

Und wenn man die Dinge von einem allgemeineren Gesichtspunkte ins Auge faßt, so wird man leicht erkennen, daß die wirtschaftliche Verflechtung der Industriestaaten untereinander die beste Gewähr für den Weltfrieden abgeben würde.

### Falsche Wahlziffern aus Mecklenburg.

Schwerin i. Mecklenb., 18. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“) Infolge noch unauisgeklärter Verhältnisse im amtlichen Wahlbureau sind falsche Resultate entstanden. Fest steht bereits, daß Sozialdemokraten 28, Deutschnationale 15, Volkspartei 12 Mandate erhalten. Die Linksparteien haben 34, die Rechtsparteien 33 Mandate. Die Bekanntgabe des definitiven amtlichen Resultats soll am Sonnabend erfolgen.

### Alexander Archipenko.

Archipenko, der russische Bildhauer, den die jüngste Künstlergeneration als ihren Führer und Meister verehrt, und der vielen als das größte plastische Genie unserer Zeit gilt, hat im Sturm, Potsdamer Str. 134a, eine Ausstellung. Die 52 Werke, darunter auch Aquarelle, Tusch- und Bleistiftzeichnungen, geben eine klare Anschauung von der Eigenart und der Entwicklung dieses künstlerischen Phänomens, dem alle Empfindungen, Gefühle und Stimmungen mit elementarer Gewalt in plastische Form sich umsetzen, und dessen jüngste und reifste Werke alle Elemente bildnerischer Gestaltung zu einem vollkommen neuen, ganz persönlichen, konsequent und organisch gewachsenen Stil zusammenschließen.

Archipenkos Entwicklung beginnt mit Arbeiten, die sich äußerlich zunächst an mittelalterliche (Nr. 3 „Branatbaum“), dann an primitiv erotische Formen anlehnen (Nr. 1 „Salome“, Nr. 5 „Regerin“, Nr. 13 „Kniende Frau“, Nr. 2 „Venus“, Nr. 4 „Blafand“). In dieser Zeit, es sind die Jahre 1909—1913, wirkte er auf unseren Lehrdruck ein, der in Paris durch ihn die entscheidende Anregung erhielt. Die charakteristische Vorliebe für den schwingenden Rhythmus ausdrucksvoller Flächen und scharfer Grate (Nr. 11 „Beugte Frau“, Nr. 12 „Torso“) tritt allmählich mehr und mehr in den Vordergrund, bis schließlich die klare Tendenz zu festem architektonischem Aufbau alle diese verschiedenen Stilelemente zu einer vollen, einheitlichen Wirkung zusammenfassen läßt. Das Gegenständliche wird nun fast völlig überdient von der Sprache der reinen Form und die eigene, ganz persönliche Note ist gefunden. „Der Kuh“ (Nr. 6), „Frau“ (7), „Sitzende Frau“ (8) und „Stehende Frau“ (16) bezeichnen diesen Höhepunkt der bisherigen Entwicklung.

Dem künstlerischen Ausdruck dient jetzt nicht nur die plastische Masse selbst, sondern auch die Atmosphäre, die die begrenzenden Flächen umgibt und in zahlreichen Durchbrüchen in das Innere der Masse eindringt. Daraus ergeben sich Wirkungen, die denen wesenverwandt sind, die die moderne Graphik, namentlich der Holz- und Linoleumschnitt, durch den Gegensatz der weißen und schwarzen Flächenanteile zu erzielen sucht. Die reifsten und schönsten Arbeiten Archipenkos sind nicht nur Meisterwerke einer vollkommenen Rundplastik, sondern sie erzeugen im einzelnen Eindrucke, die sonst nur die Innenarchitektur zu geben vermag. Dieses Drängen nach großzügiger architektonischer Gestaltung ist das besondere Kennzeichen von Archipenkos Stil. Um so mehr muß man bedauern, daß die im Sturm angestellten Arbeiten, mit Ausnahme der „Venus“ (2), in keinem und kleinstem Format gehalten sind. Zwar wirkt ihre elementare wichtige Monumentalität weit über die beschränkten Maßstäbe hinaus, aber ich glaube doch, daß sie ihre volle Kraft erst dann entfalten würden, wenn die äußere Form auch quantitativ dem geistigen Gehalt entspräche.

Das gleiche gilt für die reliefartigen „Skulpto-Malereien“ Archipenkos, die bei aller distinguierten Deklamation niemals ins Klein-

### Reaktion und Radikalismus.

Die gestrige Reichstagsitzung, über die wir an gewohnter Stelle berichten, hatte mehrere beachtenswerte Momente. Der Versuch der Sozialdemokratie die ehefeindlichen Bestimmungen gegen weibliche Reichspostbeamte aufzuheben, scheiterte nach heftiger Debatte an einer Stimme Mehrheit, wobei nur einzelne Demokraten, aber auch einzelne Volksparteiler mit der Linken stimmten.

Der Kampf der offenen und heimlichen Kahr-Stützen gegen die schleunige Fertigstellung des Gesetzes zur Auflösung der Einwohnerwehren hat eine vielleicht unerwartete Hilfe gefunden: die kommunistische Fraktion hat durch ihren Widerspruch verhindert, daß heute, Sonnabend, an die zweite Lesung sofort die dritte angeschlossen werden kann. Die Herren Kommunisten verdienen sich eheflich den schmückenden Beinamen einer Kahr-V.D. Der Reichstag aber wird erst gegen Mitte nächster Woche die Osterpause eintreten lassen können.

Beim Wehrgesetz mißlang erfreulicherweise der Versuch der Deutschnationalen und Volksparteier, die Bezeichnung des Heeres als eines republikanischen zu beilegen. Dagegen wurden aber auch alle sozialistischen Verbesserungsanträge abgelehnt.

Wertwüdig war das Beginnen der Unabhängigen, den Finanzminister in der Frage der Ortsklassenzulagen für Beamte zu einer gesetzwidrigen Handlung zu veranlassen — sie, die sonst die Hüter der Verfassungsmäßigkeit spielen, wenn es ihnen paßt. Natürlich fielen sie damit durch.

### Durchaus tragfähig!

Witunter entschließt der reaktionären Presse wider ihren Willen ein Bekenntnis der Wahrheit. Wochenlang hat sich die Deutsche Volkspartei gegen die Wiederbildung der alten Koalition in Preußen mit der Begründung gewandt, daß diese zwar eine zahlenmäßige Mehrheit bei den Wahlen erlangt habe, diese Mehrheit aber „nicht tragfähig“ sei. Jetzt lesen wir sogar in der „Deutschen Tageszeitung“, daß die alte Koalition in Preußen eine durchaus tragfähige Mehrheit besitzt.

Und das kommt folgendermaßen: Im hannoverschen Provinziallandtag hat sich ein Bürgerblock aus Rechtsparteien, Zentrum und Deutschhannoveranern gebildet unter Ausschluß der bürgerlichen Demokraten, die diese Rechtskoalition nicht mitmachen wollten, wie sie auch für ganz Preußen den Rechtsblock ablehnten. Die „Deutsche Tageszeitung“ ist von diesem Block sehr begeistert und möchte ihn gern auf ganz Preußen übertragen. Sie schreibt: „Ebenso wie in Hannover wäre in Preußen ein Rechtsblock ohne die bürgerlichen Demokraten durchaus tragfähig.“

Diese Feststellung ist sehr wertvoll. Denn nach dem amtlichen Wahlergebnis würde ein Rechtsblock ohne die Demokraten in Preußen über genau 229 Mandate verfügen. Die absolute Mehrheit beträgt 215. Die alte Koalition verfügt aber unter Einschluß der Welfen über 232, ohne die Welfen über 224 Mandate. Sie ist im günstigen Falle um drei Mandate stärker, im ungünstigen um fünf Mandate schwächer als der „durchaus tragfähige“ Rechtsblock. An diesen fünf Mandaten kann aber die Tragfähigkeit unmöglich hängen. Diese geringfügige Ziffer wird je nach Auslegung durch die Mittelstellung der alten Koalition, die leicht bei Nachbarparteien Unterstützung finden und nur durch das ununterstützte Bündnis der gesamten Rechts- und Linksparteien gefährdet werden kann, während ein Rechtsblock den Linksblock von fast gleicher Stärke geschlossen gegen sich hätte.

Bezeichnet also die „Deutsche Tageszeitung“ den Rechtsblock als durchaus tragfähig, um wieviel tragfähiger muß sie dann den Mittelblock der alten Koalition ansehen. Sie bestätigt damit, was die Sozialdemokratie immer betont hat, daß die bisherige Regierungskoalition eine durchaus tragfähige Mehrheit hinter sich hat.

liche verfallen und deren Farben überdies, im Gegensatz zu der neuesten von Frankreich kommenden Mode, nicht am äußerlich Sinnlichen, kühl Dekorativen haften bleiben, sondern stets tiefste seelische Wirkungen auslösen. Trotz der französischen Geschmackskultur — Archipenko hat die entscheidenden Jahre seiner Entwicklung in Paris erlebt — spricht aus ihnen die slavische Seele mit ihrem zarten Gefühlstoben, ihrer geheimnisvollen Mystik und ekstatischen Inbrunst. In demselben Stil sind die Aquarelle gehalten, während ein Teil der Bleistiftzeichnungen uns die überraschende Kunde gibt, daß Archipenko, der Meister eines streng aufbauenden Stils, bis zum heutigen Tage sorgfältige Studien nach der Natur macht. Der Künstler steht jetzt im 40. Lebensjahre und seine Entwicklung ist zweifellos noch nicht abgeschlossen. Welche Wege sie einschlagen wird, läßt sich kaum ahnen. Zu wünschen wäre in jedem Fall, daß ihm recht bald Gelegenheit geboten würde, seine Plastik, besonders seine farbige Plastik, in einen organischen Zusammenhang mit seiner Architektur zu bringen. Erst dann, glaube ich, könnte Archipenkos Kunst ihr Bestes und Höchstes geben, ihre stärksten, reinsten und tiefsten Wirkungen auslösen.

Dr. John Schilowski

**Einschränkung der häuslichen Schularbeiten.** Den Klagen, daß die Kinder der höheren Schulen zu sehr mit häuslichen Aufgaben belastet werden, hat der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Rechnung getragen. Ein Erlaß an die Provinzialschulkollegien bestimmt:

Es ist darauf zu halten, daß in unteren und mittleren Klassen keine häusliche Aufgabe gestellt wird, die nicht unmittelbar aus dem in Klassenunterricht behandelten Stoffe hervorgeht. Dem Elternhause sollte keine Arbeit aufgebürdet werden, die Sache der Schule ist. Sonst wird nur ein ungesundes Nachhülfewesen geübt und die Freude an der Schule getrübt. Weiterhin bedarf der gesamte Lernstoff einer eingehenden, zielbewußten Beschränkung und Verringerung. Wenn die Schule ihre Hauptaufgabe, zu bilden und zu erziehen, wahrhaft erfüllen will, muß sie sich befreien von allen Stoffen, die wertlos und tot sind oder eine unnötige Belastung für das Gedächtnis darstellen. Sie muß den Unterricht vergeistigen und verinnerlichen. Immer wieder ist zu prüfen, welches Maß häuslicher Arbeit den Schülern und Schülerinnen unter Berücksichtigung der körperlichen und geistigen Entwicklung und der Leistungsfähigkeit der Altersstufen neben dem täglichen Klassenunterricht noch zugemutet werden darf. Zu Beginn eines jeden Jahresabschlusses sind unter Berücksichtigung des arbeitsfreien Nachmittags und der monatlichen Wandertage Arbeitspläne für die Woche aufzustellen. Diese Arbeitspläne sind in jeder Klasse aufzuhängen. Von Zeit zu Zeit sind die Schüler, etwa in einer Klassengemeinde, zu veranlassen, dem Klassenlehrer ihre Tageseinteilung mit Rücksicht auf die Bemessung der häuslichen Arbeiten in zwanföcher Aussprache darzulegen. Wünschenswert scheint es, daß die Frage der häuslichen Arbeiten regelmäßig auch in den gemeinsamen Besprechungen der Elternräte und der Lehrkörper erörtert wird.

### Bayerisches.

Der „Bayerische Kurier“ hat einen Schwundel ausgeheckt, der von der Berliner konservativen Presse begierig nachgeplappert wird: Minister Sennering soll in der Wandelhalle des Reichstages erklärt haben: „Das mit der bayerischen Einwohnerwehr sind Ziden. Da müssen wir wieder einmal ein paar preussische Regimenter hinschicken und die Bayern zur Vernunft bringen.“ Dieser Wandelhallenklassik ist nicht einmal geschickt erfunden, da es doch nur nach Reichswehr und keine preussische Regimenter mehr gibt.

Typisch für die in Bayern betriebene Hege ist nun aber der Schimpfzug, den der „Bayerische Kurier“ an diesen selbstverwandenen Maßstab anknüpft. Das Blatt der Bayerischen Volkspartei spricht den Wunsch aus, Sennering möchte sich an die Spitze des Expeditionskorps stellen, da man in Bayern schon längere tennensernern möchte. Als Erkennungszeichen möge er eine Kognakflasche, eine volle natürlich, tragen. Eines herzlichen Empfanges in Bayern dürfe er sicher sein, auch wenn die Kognakflasche bis zur Ankunft in Bayern leer sein sollte.

Ueber dieses politische Knoientum darf man sich nicht wundern. Das ist der unter der Kahr-Regierung in Bayern üblich gewordene Ton. In einem bayerischen Blättchen, das uns zufällig zu Gesicht kommt, dem „Miesbacher Anzeiger“, lesen wir an der Spitze des Blattes folgenden Erguß:

### Junkspruch an alle

Sau- und Regierungsjuden an der Panke, Dahme, Brieje, Doffe, an der Havel und an der dreidigen Spree:

Wir haben vernommen, was Ihr alles verboten und verboten haben wollt, und wir erkennen wohl, daß Ihr damit im Dienste eurer Sagen, Lipen und Kapeden einen Feldzug gegen uns Bayern eröffnen wollt. Wir machen Euch kund und zu wissen, daß Ihr das beschließen oder nicht beschließen könnt, ganz nach Belieben, daß aber jetzt und hinfür für Eure Nachsprüche, die nichts sind als Sprüche ohne Macht — und das werden wir Euch beweisen —, in Bayern kein Geltungsgebiet ist.

Ihr könnt bei uns Schwärzer und schlechte Kerle aufheben; wir haben Gefindel und Lumpenhunde im Land, denen Eure Paragraphe recht nett anstehen werden, aber unser Gesamtvolk verachtet Euch, Eure Befehle und Eure Gesetze, wenn sie nach unserer unerbittlichen Ueberzeugung dazu angetan sind, die Tyrannet des Böbels wieder aufzurichten.

Wir haben damit aufgeräumt, und wenn Ihr glaubt, daß wir sie uns durch Berliner Sau-Juden wieder ins Land schaffen lassen, dann ist das bloß ein Beweis, daß Ihr zuviel Maschinen-gewehrtraugen, aber zu wenig Hirn habt.

Ihr kennt weder uns noch unsere Verhältnisse und braucht sie auch nicht zu kennen. Die Ordnung, die wir im März 1920 ohne Euch und Eure dumme Meinung geschaffen haben, die erhalten wir uns.

Ob sie Euch paßt, ist uns wurscht. Uns paßt sie, und wenn Ihr glaubt, daß Ihr uns Euren jämmerlichen Willen aufzwingen könnt, dann macht nur die Probe!

Mit Eurem Entwaffnungs- und Entmannungsgesetz wischen wir uns die . . . . In unserem Lande ist Euer schwarz-roter gelber Weimarer Putschhader, Euer demokratischer Schandfelsen nicht in Geltung. . . . Wollt Ihr's darauf ankommen lassen, dann kommt nur selber herunter, und hernach werden wir ja sehen, ob uns die beschlissenen Entschlüsse der Eatenie Gewalt antun können.

Vorläufig aber regen wir uns darüber nicht auf. Wir sind die Berliner Sau-Juden gebieten und verbieten und lassen dazu. Bei uns in Bayern ist alle Lage Kirchweih, zu der die Reichshaber an der Spree eingeladen sind.

Es soll nur so ein gallischer Peites-Jud kommen und uns entwaffnen wollen — den schlagen wir, daß er in seinen Satz mehr hineinpaßt.

Wir hätten ja nun eigentlich keinen Grund, uns über diese Schimpfereien aufzuregen, denn sie gehen ja nicht an unsere Adresse, sondern an die Adresse der — bürgerlichen Reichsregierung, bestehend aus Zenitum, Demokraten und Deutscher Volkspartei. Diese Herrschaften dürfte es immerhin interessieren, daß es ein bayerisches Amtsblatt ist, das in so achtungserweckender Weise über die Reichsregierung schreibt.

Was würde man übrigens in Bayern sagen, wenn man in Berlin über Bayern und München in ähnlichen Ausdrücken schreiben würde, wie es von der Gegenseite geschieht?

**Tanzabende.** Der Tanz als besondere Kunstveranstaltung wird in seinen Ausdrucksformen immer mannigfaltiger, in seinen künstlerischen Zielen aber nicht klarer. Die große Erschütterung, die alle Künste erschüttert hat, macht sich auch auf diesem Sondergebiet geltend. Alte Ballettschule, der Spitzentanz in neuer Aufmachung, neue Croix, kluges Aufstellen zwischen alter Technik und neuem Ausdruck, wilde Improvisationen, Uebungen bloßer Körperkultur, vieldeutige Pantomimen, trasse dilettantische Hüpferei, verstaubene Symbole — alles wirbelt durcheinander. Neue Wege weist Mary Wigman; sie will den Tanz zum Raumkunstwerk gestalten, und ihr außerordentlicher schmieglamer Körper, ihre Beherrschung aller Mittel gestattet ihr einen weiten Spielraum. Ihr Tanz ist wirklich mehr als bewegte Plastik, verkörperte Musik, wie sie denn auch ohne Musik tanzt. Bei ihr steht der ganze Mensch im Dienste ihrer Kunst, die auch wieder den ganzen Menschen ergreifen soll, ganz anders als es die Akrobatinnen, Seilschleifer und bloßen Rhythmisierer vermögen. Ob es sich nun um eine individuelle Begabung oder um ein Neues von allgemeiner Bedeutung handelt, diese Künstlerin wird man im Auge behalten müssen.

Inzwischen fahren die andern fort, hübsche Beine und farbige Kostüme in größter Auswahl zur Schau zu stellen, Clownieren und Harlethinaden vorzuführen und sich von ihren Gönnern und Freunden durch riesige Lorbeerkränze und ganze Blumenböden ihr Talent bestätigen zu lassen. Der Geist der Tanzkunst, das rechte Laktgefühl fehlt nur zu häufig. Bisweilen hat man den Eindruck, daß bei aller Begabung die innere Sicherheit oder die rechte Führung fehlt. So bei Annie Piefer, die vor lauter Originalität und Konter das eigene Wesen des Tanzes mißverstand. — Eine eigenartige Mischung von Tanz und Pantomime boten Maria Leiser und Hans Holm (im Theater des Westens). Ihre Idee, den Tanz nicht verstanden und häufig als Tanzvorlage wenig geeigneten Kompositionen anzupassen, ist ganz richtig. Aber das Ergebnis der Zusammenarbeit mit dem Komponisten Walter Köhne war noch nicht bezeugend. Der geschmeidige, ephemerhafte, auf geschulte Körper der Tänzerin wird sicher auch bei geringerem Aufwand an Kostümen und Pantomimik wirklich tänzerischer leisten können. Oder war das ganze nur ein gesellschaftlicher Sport — wie die geschmacklos übertriebene Anhäufung von Blumenpenden?

**Spielplanänderung.** An der Staatsoper wird Sonnabend wieder Erstrunde des Herrn Richter statt „Cosi fan tutto“ „Böhme“ gegeben. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Bühnenchronik.** Paul Wegener tritt in der zweiten Hälfte des März im Refektorium-Theater in der Aufführung der Komödie „Das Privileg“, von E. D. Hoff, auf.

**Balkonbühnenbortrag.** Sonnabend findet im Kunstgewerbemuseum der zweite Vortrag des Kunstmalers Sub. Bauer über expressionistische Malerei statt. Einlaß 12.

**Die deutsche Bäderregierung** (Bismarckdenkmal und Allgemeine Deutscher Bäderverband) begann Donnerstag in Wiesbaden. Man nahm zur Bestärkung der wirtschaftlichen Lage der Kurorte werden beraten — um die deutschen Bäder wieder auf ihre frühere Höhe zu bringen.

**Madrasdes Beilegung.** Die Leiche des in Berlin verstorbenen Sängers Madras wurde in Zillbach unter großen Ehrungen auf allen Schichten der Bevölkerung beigelegt.

**Der diesjährige Esperantistenkongress** wird in Prag vom 21. Juli bis 6. August stattfinden.



# Wechselnde Reichstagsmehrheiten.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

In der Reichstagsdebatte über die „Reichsbekleidungsämter“ spricht:

**Abg. Giebel (Soz.):** Es ist eine eigenartige Auffassung, daß bei den minderwertigen Stoffen, die die Bekleidungsämter zu verarbeiten hatten, noch große Zuschüsse für das Reich herausgemittelt werden sollten. Die Bekleidungsämter haben keine Zuschüsse, sondern nur Darlehen bekommen. Wenn sie buchmäßig zum Teil schlecht abgeschrieben haben, muß man auch den teuren Einkauf der minderwertigen Stoffe zu den Marktpreisen von 1919 berücksichtigen. Die Behauptung, die Beamten wollten von den Bekleidungsämtern nichts wissen, ist unzutreffend. Der Bund deutscher Beamten hatte erst kürzlich eine Eingabe gemacht, in der er sich für Beibehaltung ausspricht. Es stehen hier für die Allgemeinheit große Interessen auf dem Spiel.

Noch kurzen Bemerkungen der Abgeordneten Simon (U. Soz.), Oberfohren (Dnat.), Burlage (Z.) und Hoch (Soz.) wird der Titel Bekleidungsämter angenommen, die sozialdemokratische Entschädigung, welche ein unbefristetes Weiterbestehen der Bekleidungsämter und Zurücknahme der bereits erfolgten Kündigungen von Arbeitern und Angestellten fordert, gegen die sozialdemokratischen Parteien abgelehnt.

Die Entschädigung Müller-Franken (Soz.), die Reichsregierung zu erlangen, die ausnahmsweise rechtliche Behandlung der weiblichen Post- und Telegraphenbeamten und -angestellten, die in der

### Entlassung der anecheligen Mütter

ihren Ausdruck findet, aufzuheben, wird im Hammelsprung mit 157 gegen 136 Stimmen abgelehnt. (Große Unruhe links.) Es folgt die

### zweite Beratung des Wehrgesetzes.

**Abg. v. Gallwitz (Dnat.)** begründet einen deutschnationalen Antrag, in § 1 statt „Wehrmacht der Deutschen Republik“ zu sagen: „des Deutschen Reiches“.

**Abg. Schöpflin (Soz.):** Diese Begründung war wesentlich vorfänger gehalten als im Ausschuss, wo die Herren Deutschnationalen betonten, daß sie Monarchisten seien, und hofften, in zwei bis drei Jahren die Monarchie wieder einzuführen. Daraufhin haben dann die bürgerlichen demokratischen Parteien begriffen, wie notwendig die Anwendung des Ausdrucks „Deutsche Republik“ sei. Hoffentlich fallen sie im Plenum nicht wieder um. In dem Gesetz muß zum Ausdruck gebracht werden, daß es sich um eine Republik handelt. Gerade weil die weit überwiegende Mehrzahl der Offiziere monarchistisch gesinnt ist, soll betont werden, um was es sich für sie bei einem eventuellen gewaltsamen Umsturz der Verfassung handelt. Die monarchistische Propaganda wird in Zeitschriften, an denen aktive Offiziere mitarbeiten, ganz offen zum Ausdruck gebracht. (Redner verliest Absätze aus einer Marinezeitung „Mitschiffs“, in der der Kapp-Putsch verherrlicht und der Geist der Freikorps geirrt wird.) Herr Gehler sollte doch dafür sorgen, daß aktive Marineoffiziere sich nicht mit Unterschrift ihres vollen Titels an diesen Zeitschriften beteiligen. Der Antrag der Unabhängigen, wonach die Betroffenen in der Heer nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden sollen, ist uns sehr sympathisch, ich habe mich aber überzeugen müssen, daß er bei der Zerstückelung der Truppenteile technisch undurchführbar ist. Ich bitte Sie deshalb, unserem Antrag zuzustimmen, der das geheime Wahlrecht für die Vertrauensleute verlangt. Auch den unabhängigen Antrag, daß die Heereskammer zu allen Gesetzen und Verfügungen über die Reichswehr Stellung zu nehmen hat, können wir nicht annehmen. Die Öffentlichkeit jeder Verhandlung ist bei gewissen internen Angelegenheiten nicht durchführbar. Wir beantragen deshalb, daß nur der Reichswehrminister das Recht hat, die Geheimhaltung gewisser Angelegenheiten anzuordnen. Der Reichstag kann ja dann immer noch auf öffentliche Beratung dringen. Den Mitgliedern der Heereskammer dürfen aus ihrer Stellungnahme keine dienstlichen Nachteile erwachsen. Bei den Beratungen des Heeres- und Marineetat müssen Retirierter des Unteroffiziers- und Mannschaftsstandes als Regierungskommissare zugezogen werden.

**Reichswehrminister Gehler:** Der Chef der Marineleitung hat niemals, auch solange er inaktiv gewesen ist, an dem genannten Blatt mitgearbeitet. Von der Mitarbeit anderer aktiver Marinemitglieder an dieser Zeitschrift habe ich erst heute erfahren. (Traurig genügt Red.) Die Protokolle der Heereskammer sollen dem Parlament zugestellt werden. Heeres- und Marinekammer sollen nicht immer gleichzeitig einberufen werden.

**Abg. Rheinländer (Z.):** Im Gegensatz zu den Deutschnationalen nehmen wir entsprechend der Verfassung keinen Anstand, in den Entwurf hineinzuschreiben: Das Heer der deutschen Republik ist die Reichswehr. Wir haben kein Söldnerheer im alten Sinne, sondern ein Heer von deutschen Berufssoldaten.

**Abg. von Schoch (D. Sp.):** Durch den Ausdruck „Wehrmacht der deutschen Republik“ wird die monarchistische Gesinnung nicht totgeschlagen werden können.

**Abg. Rosenfeld (U. Soz.):** Wir begrüßen das Ende der allgemeinen Wehrpflicht und bebauern nur, daß es erst infolge des Diktats der Entente erfolgt ist und daß das deutsche Volk die Wehrpflicht nicht aus eigener Kraft abgeschüttelt hat. Das Wort „Republik“ darf gerade in einem Militärgesetz nicht fehlen. Gemäß Überfassungen mit dem Wort der gegenwärtigen Republik als einer kapitalistischen keineswegs, aber wir setzen uns für sie ein, weil wir sie gegenüber der Monarchie als das kleinere Übel betrachten. Mit einigen guten Willen läßt sich die Verhältniswahl wohl durchführen. Den Soldaten muß bei der Wahl der Vertrauensleute freie Hand gelassen werden. Wir müssen versuchen, aus den Soldaten freie Männer zu machen, und aus diesem Grunde bitten wir um Annahme unseres Antrages.

**Abg. Dr. Haas (Dem.):** Da unser heutiges Heer eben das der Republik ist, gebrauchen wir auch dieses Wort. Wir müssen zunächst abwarten, was das Reichswehrministerium tun wird, und wenn uns das nicht ersehnt ist, müssen wir dann eingreifen.

**Abg. Däumig (Komm.)** Wir lehnen das Gesetz ab, weil es seiner Struktur nach von der Entente und der deutschen kapitalistischen Regierung nur dazu benutzt werden soll, um revolutionäre Bestrebungen zu zerstreuen. Wir wollen es den alten Offizieren gar nicht zuzumuten, sich auf den neuen Geist einzustellen. (Das sagt ein Arbeitervertreter!) Der Typus des neuen Heeres, den wir erstreben, ist eine rote Armee.

**Abg. Lang (Banr. Soz.):** Das deutsche Volk braucht eine politische und gewerkschaftlich völlig unabhängige Wehrmacht zum Schutze seiner Verfassung und zum Schutze gegen Angriffe von außen.

**Abg. v. Gallwitz (Dnat.):** Die sozialdemokratischen Anträge lehnen wir ab.

**Abg. Schöpflin (Soz.):** Der von mir erwähnte Artikel ist tatsächlich nicht vom Chef der Admiralität verfaßt; damit entfallen auch die Folgerungen, die ich daraus zog. Ich verwehre mich aber gegen den Vorwurf, daß ich gegen die Offiziere vorgegangen wäre. Ich weiß mich von jeder Voreingenommenheit gegen irgendeinen Stand völlig frei. Auch stehe ich auf dem Standpunkt, daß im Dienste bei der Reichswehr

### keine Parteipolitik

getrieben werden darf. Dem Reichswehrsoldaten kann es durchaus nicht schaden, wenn er in politischen Versammlungen über große wirtschaftliche Fragen aufgeführt wird. Nach meinen Informationen ist im Reichswehrministerium eine derartige Animosität gegen den Reichswirtschaftsverband derzeitiger und ehemaliger Berufssoldaten vorhanden, daß man ihm mit allen Mitteln ans Leben gehen will. Anfangs hat der Wehrminister dem R.D.B. ein direktes Lob ausgesprochen, aber unter dem Einfluß seiner Umgebung hat er seinen Standpunkt ganz verändert. Während gegenüber dem R.D.B. eine derartige Abneigung herrscht, erfreuen sich andere Organisationen der größten Zuneigung. So hat in Braunschweig eine Versammlung des Selbstschutzes stattgefunden, an der die Spitzen des dortigen Wehrkreiskommandos teilgenommen haben. In dieser Versammlung sind verfassungswidrige Äußerungen gefallen, so vom Referenten, dem bayerischen Hauptmann Reibinger, und dem Angehörigen des dortigen Wehrkreiskommandos Rittmeister von Neuville.

General von Seckt hat für die Bedürfnisse des Heeres ebensowenig Verständnis, wie es die alte Heeresleitung gehabt hat. Er glaubt, man kann die Leute zwölf Jahre in die Kasernen hineinpressen, ohne ihnen wirtschaftliche Garantien sowie Garantien über ihren nachherigen Verbleib zu geben. Eine Organisation der R.D.B. lehnt scharf ab jede politische Betätigung ab und verteidigt nur die beruflichen Interessen; und man muß doch den Leuten wenigstens die Möglichkeit geben, ihre Interessen vertreten zu können. Im übrigen ist es sehr merkwürdig, daß der General von Seckt es nicht der Mühe für wert hält, selbst einmal hier oder im Wehrausschuss zu erscheinen.

Minister Gehler: Ich stehe

### allen Bänden mißtraulich gegenüber.

da sie meistens durch ihre politische Betätigung Justiz und Ordnung gefährden, auch der Rationalverband deutscher Soldaten. Bei den zentralen Verbänden besteht die Gefahr, daß sie ihre tatsächliche Macht auch einmal gegen die Regierung verwenden. Den Chef der Heeresverwaltung möchte ich nicht in das politische Getriebe hineingehen. Die Vorwürfe, die gegen General von Seckt wegen seiner Rede zu seinen Beamten und Offizieren erhoben worden sind, weise ich als unberechtigt zurück.

**Abg. Kubel (U. Soz.):** Zur Reichswehr als einem Instrument der kapitalistischen Regierung gegen die Arbeiterschaft stellen wir uns ablehnend. Das hält uns natürlich nicht ab, uns für die Rechte der Soldaten einzusetzen, ebenso wollen wir daran mitarbeiten, daß der Reichswehr der Söldnercharakter genommen wird. Wir beantragen, daß das Tragen von Zivilkleidung allen Soldaten erlaubt sein soll; die Offiziere tun es ohnehin, wenn sie auf ihren dunklen Beinen schlendern. Außerhalb des Dienstes sollte man weder Uniform noch Waffen tragen; das verhindert nur die Assimilation an die Zivilbevölkerung und schafft Konflikte zwischen Militär und Zivil. (Zwischenruf des Ministers Gehler: Was werden dazu die Wädel sagen!) Ja, die Wädel kann man allerdings nicht abschaffen. (Heiterkeit.) Das Steuerprivileg wird durch die angebliche Lebensgefahr der Soldaten nicht begründet. Es denkt kein Mensch daran, denjenigen Arbeiterkategorien, die ständig in Lebensgefahr schweben, ein Steuerprivileg einzuräumen.

**Abg. Rheinländer (Z.):** Als eine Partei der Autorität treten wir dafür ein, daß den Offizieren die Führerstellung in jeder Weise erhalten bleibt. Das Zusammenfinden von Soldaten und Zivil in unpolitischen Vereinen begrüßen wir, solange nicht die Disziplin darunter leidet. Das volle Koalitionsrecht können wir den Soldaten nicht gewähren.

**Abg. v. Schoch (D. Sp.):** Hinaus von der Politik aus den Kasernen! Die alten Generale, mit ihnen Ludendorff und Hindenburg, haben auch gegenüber dem republikanischen Deutschland ihre Pflicht getan. (Gelächter links.)

**Abg. v. Gallwitz (Dnat. Sp.)** schließt sich dem Vorredner an und spricht gegen den Antrag Müller-Franken.

**Der Antrag der Dnat. Sp. und D. Sp., wonach im Gesetz „Heer des Deutschen Reiches“ statt „der Deutschen Republik“ heißen soll, wird gegen die Rechte abgelehnt.** — Der U. Soz. Komm. Antrag, wonach die Vertrauensleute allgemein, gleich, direkt und geheim mit Verhältniswahl zu wählen sind, wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, ebenso der Antrag, daß die Kammer sich ihre Geschäftsordnung selbst gebe und das Recht habe, zu allen Heer- oder Marine betreffenden Gesetzen und Verfügungen Stellung zu nehmen sowie die Pflicht, ihre Verhandlungen öffentlich zu führen.

Der Antrag Müller-Franken (Soz.), wonach die Wahl allgemein und unmittelbar zu sein hat, je ein Drittel der Kammer von den Offizieren, den Unteroffizieren und den Mannschaften gewählt werden soll und die Pflicht der Geheimhaltung für die Verhandlungen nur bestehe, soweit sie für einzelne Angelegenheiten der Reichswehrminister besonders anordnet, wird mit 148 bürgerlichen gegen 125 sozialistische Stimmen abgelehnt. — Angenommen wird ein Antrag Haas (Dem.), die Bestimmung zu streichen, daß die Beihilfen der Heereskammer dem Reichswehrminister und dem Reichstag unverzüglich zur Kenntnis zu bringen sind. Als unabhängigen und sozialdemokratischen Änderungsanträge werden abgelehnt, darunter die Anträge, die den Soldaten die Teilnahme an politischen Versammlungen sowie Zugehörigkeit zu unpolitischen Vereinen gestatten wollen, ebenso die Anträge, den Soldaten außerhalb des Dienstes das Tragen von Zivil zu gestatten und das Tragen von Waffen zu verbieten. Vor der Abstimmung bemerkt Dr. Rosenfeld (U. Soz.), daß seine Partei nach Ablehnung aller Anträge zur Verbesserung des Gesetzes nunmehr gezwungen sei, die Vorlage als ein Ausnahmegesetz gegen die Soldaten abzulehnen. Darauf wird das Gesetz in zweiter und dritter Beratung gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

### Der Rahr-P.-D.-Streik

Präsident Loh: Nachdem es durch den Widerspruch der Kommunistischen Partei unmöglich geworden ist, am Sonnabend die dritte Beratung der wichtigen Gesetze zur Ausführung des Friedensvertrages vorzunehmen, sind wir gezwungen, am Montag und Dienstag zu tagen. Der Reichstag kann die Verantwortung nicht übernehmen, an diesen Tagen nicht in beschlußfähiger Zahl zusammenzutreten, da die Gesetze vor dem 1. April verabschiedet werden müssen. Wir haben aber keinen Grund mehr, die Tagesordnung heute so reichlich zu beladen, wie an den Tagen vorher. Wir werden daher nur noch die Gesetzentwürfe beraten, zu denen vorwiegend keine Wortmeldungen erfolgen.

In der zweiten Lesung der Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes sprechen sich die Abgg. Henke (U. Soz.), Däumig (Komm.) und Keil (Soz.) kurz gegen das Gesetz aus. Das Gesetz wird angenommen, ebenso die Änderung des Zündworenengesetzes und das Gesetz über vorläufige Zahlungen auf die Körperschaftsteuer.

Zu der nun folgenden Beratung des Ortsklassenverzeichnisses für die Beamten verlangt der Ausschuss in einer Entschädigung möglichst beschleunigte Vorlegung eines Gesetzentwurfes über

### Die Ortsklassenanschlüsse

unter Vorbehalt endgültiger Regelung. Die Auszahlung soll aber sofort nach Zustimmung des Reichsrats stattfinden.

**Abg. Frau Jieh (U. Soz.):** Wir sind gegen Rotgesetz und provisorische Regelung, weil spätere Besserung gesetzlicher Bestimmungen stets außerordentlich schwer ist. Wir wünschen statt 5 nur 3 Ortsklassen und eine Einteilung nach Wirtschaftsgebieten. Ueberhaupt ist es ausgeschlossen, ein Provisorium, das wir noch nicht vor uns gesehen haben, en bloc anzunehmen. Wir beantragen, daß die Reichsregierung die Summen, auf die die Beamten zweifellos Anspruch haben, sofort auszahlt, und daß danach erst endgültige Regelung des Ortsklassenverzeichnisses erfolgt.

**Abg. Frau Wadnich (Komm.)** schließt sich dem an.

### Reichsfinanzminister Dr. Wirth:

Wir liegt eine Entschädigung der maßgebenden Beamtenverbände und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vor, worin sich die Beamten mit dem Rotgesetz einverstanden erklären. Der unabhängige Vorschlag dient nicht den Beamten und bedeutet eine Aufforderung an den Finanzminister, eine ungesetzliche Handlung zu begehen. Als Finanzminister darf ich nur auf Grund des Gesetzes Zahlungen vornehmen. Mit der Annahme des vorläufigen Gesetzentwurfes soll der endgültigen Regelung des Ortsklassenverzeichnisses nicht vorgegriffen werden.

**Abg. Koss (Dnat.)** stimmt dem Minister zu.

**Abg. Frau Jieh (U. Soz.):** Wir wünschen die sofortige Auszahlung, können uns aber trotzdem nicht mit diesem Provisorium abfinden.

**Reichsfinanzminister Dr. Wirth:** Der Antrag Jieh muß abgelehnt werden, denn er fordert mich zu einer ungesetzlichen Handlung auf.

Der Ausschussantrag wird angenommen.

Anträge des Beamtenausschusses über

### Bezahlungszulagen in den neu besetzten Gebieten

sowie über Unterbeamtenfragen werden nach einer Geschäftsordnungsdebatte, wobei Abg. Müller-Franken (Soz.) darauf hinweist, daß der Beamtenausschuss Beamtenfragen nur dann endgültig vorbereiten kann, wenn keine finanziellen Forderungen damit verknüpft sind, werden dem Hauptausschuss überwiesen; dieser wird noch Montag zusammentreten, da die Anträge noch vor dem 1. April erledigt werden müssen.

Angenommen wird ein Gesetz zur Durchführung des Friedensvertrages durch Rückgabe von Gegenständen.

Sonnabend 12 Uhr: Jugendwohlfahrtsgesetz, Änderung der Reichsabgabenordnung, Vertretung der Länder im Reichsrat, dritte Lesung der Etats 1920 und 1921, Postgebührengesetz, Änderung des Einkommensteuergesetzes und des Entwaffnungsgesetz, das auf Antrag Schulz-Bromberg (Dnat.) noch auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Schluß: 8 Uhr.

# Ungeföhnter Frevel.

Es geschieht viel Unrecht in der Welt. Aber das ist nicht das empörendste. Das Unrecht, das sich frank und frei als solches bekundet, trägt immer noch einen verhöhnenden Zug in sich. Ekelregend wird das Unrecht erst, wenn es sich in den ehrwürdigen Mantel des Rechts hüllt, wenn es hochachtung und Respekt für sich heischt.

Ferdinand Lassalle schrieb einst, als er durch eine gefähliche Rechtsverdringung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, in einem Briefe die Worte: „Galerensträflinge scheinen mir höchst ehrenwerte Menschen gegen diese Richter“. Er hatte in seinem Falle recht. Ein Galerenträfling bricht wohl das Recht, aber er behauptet doch nicht wie der das Recht verdringende Richter, daß er der Menschheit höchste Würde, Unparteilichkeit und Gerechtigkeit vertritt.

Der Fall Hiller-Helmhake ist empörend. Der Offizier, der den Kriegsfreiwilligen zu Tode marterte, wird eine fortlebende Gestalt im deutschen Volke bleiben, ein greifbares Beispiel für tausend namenlose Menschenjinder, die wie Hiller die Front erdolchten.

Empörender als der Fall Hiller ist das Urteil gegen Hiller, weil es zeigt, daß den zum Richteramt berufenen Männern die innere Kraft und sittliche Größe fehlte, den Trennungsstich zwischen dem deutschen Volk und solchen Menschenbestien zu ziehen. Die sechs Monate Festungshaft, die Hiller zubüßte, wurden — fideles Gefängnis nennt man ja wohl die Festung —, können als Strafe überhaupt nicht bezeichnet werden, so groß ist der Kontrast zwischen Tat und Urteil.

Hiller und seinesgleichen haben aus dem deutschen Heere die Begeisterung, den Opfermut, das Vertrauen zu den Vorgesetzten herausgegründelt. Die Richter, die sich zu keinem der Tat entsprechenden Urteil auftraffen konnten, haben im deutschen Volke den Glauben an das Recht, an eine das Unrecht ausgleichende Gerechtigkeit geraubt.

Man komme uns nicht mit dem Fetergeschrei, daß wir ohne Beweis unantastbaren Richtern bewußte Rechtsbeugung vorwürfen. Fällt uns gar nicht ein! Wir haben so wenig wie ein anderer ein Mittel, um in das Denken des einzelnen Richters hineinzuleuchten. Die bewußte Rechtsbeugung eines Richters kann überhaupt nur behauptet werden, wo entweder ein äußerlich sichtbarer Bestechungsakt (oder etwas Ähnliches) vorliegt, oder aber der Richter selbst sich dieser Tat bezichtigt. Weder das eine noch das andere trifft hier zu. Und so erklären wir frank und frei: Was die Richter innerlich zu ihrem Urteil bewegen hat, das wissen wir nicht, können wir auch nicht wissen. Wir behaupten daher nicht, daß sich auch nur einer dieser Richter innerlich mit der Absicht getragen hat, zugunsten des Angeklagten das Recht zu verletzen.

Aber etwas anderes wissen wir dafür um so sicherer. Wir wissen, daß die ungeheure Empörung, die das ganze deutsche Volk mit verwindenden Ausnahmen über das rohe Tun des Leutnants Hiller durchzittert, von diesen Richtern nicht gewürdigt worden ist. Wir wissen, daß diese Richter nicht begriffen haben, daß es ihre Aufgabe war, das in äußerster Erschütterung geratene Rechtsbewußtsein durch eine entsprechende Sühne wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Wir wissen, daß diese Richter nicht mitgefühl haben, was die große Masse des Volkes fühlte, die klar empfand: hier lag eine der schrecklichsten Ausschreitungen der Vorgesetztenbrutalität während des ganzen vierjährigen Krieges vor, ein Musterbeispiel für tausend ähnliche Erzeße, die ungeführt geblieben sind, aber gleichzeitig auch eine der brutalsten und unwürdigsten Handlungen, die durch eine exemplarische Strafe gebrandmarkt werden mußte.

Dafür haben diese Richter kein Verständnis gehabt. Das zeigen die sechs Monate Festung, das zeigt die Begründung, mit der die Festungshaft an Stelle der Gefängnisstrafe



gesetzt wurde. Der „schneidige Offizier“ Hiller hat in den Augen dieser Richter alles geföhnt, was der Menschenschinder Hiller verbrochen hat. Er hat „die Disziplin gewahrt“. Hört es alle! Die Leutnantsuniform hat wieder einmal triumphiert, sie hat das Urteil des Gerichts gebildet. Das Gericht hat Hiller zugute gehalten, daß er ein tüchtiger Soldat war. Daß aber der von Hiller zu Tode gemarterter Helmhake ein Kriegsfreiwilliger war, daß dieser Kriegsfreiwillige unter der „Obhut“ dieses tüchtigen Leutnants schlimmer als ein Stück Vieh verreckt mußte, in einem halb offenen Unterstand, abschließend ohne Essen und Trinken gelassen, noch im Sterben mißhandelt und brutalisiert — dem hat das Gericht keine Rechnung getragen.

Die Breslauer Menschenschinder vom Freikorps Auloc sind zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Die Strafen waren nicht einmal besonders hoch, aber sie haben doch ausgereicht, um das Gefühl einer der Tat entsprechenden Sühne herzustellen. Freilich drängte sich auch hier gleich das Gefühl auf: Nur die Untergebenen, Unteroffiziere und Mannschaften, saßen auf der Anklagebank. Die Offiziere erschienen als Zeugen, obwohl ihre Schuld mindestens gleich groß mit der der Angeklagten war.

Man bekommt nachgerade das Gefühl, als ob die Offiziersuniform ihren Träger immunisiere. Für Offiziere scheint es auch bei schwersten Vergehen keine entsprechenden Strafen zu geben. Bei ihnen gewinnen immer wieder die Milderungsgründe die Oberhand, mag ihr Tun auch noch so schändlich gewesen sein. Will man durch solche Urteile immer noch künstlich den Glauben an die Unfehlbarkeit aller Amtsträger erwecken?

Das ist umsonst. Herr Hiller wird, nachdem seine Untat durch vier Gerichtsverhandlungen klargelegt worden ist, auch durch das endgültige Urteil nichts in den Augen der Öffentlichkeit gewinnen. Nur die Justiz wird an Ansehen verlieren. Man wird sagen müssen, daß selbst die Richter des Oberkriegsgerichts, die Hiller zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt hatten, dem Fall Hiller um einiges mehr gerecht geworden sind, als sowohl die Geschworenen wie die Richter des letzten Justizaktes.

Der Fall Hiller wird nicht aufhören, ein Schandmal des altpreussischen Militarismus zu sein. Seine gerichtliche Behandlung und die gerichtliche Sühne aber setzen ein neues Schandmal dazu: ein Schandmal der Justiz.

### Der Schlußakt.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Der Staatsanwalt geht dann auf die Einzelheiten bei der Behandlung des verstorbenen Helmhake ein. Durch einwandfreie Zeugen, die zum Teil sehr vorzüglich in ihren Aussagen waren, ist der Beweis erbracht worden, daß der Angeklagte dem an den Baum gebundenen Helmhake ins Gesicht geschlagen hat. Nach der ganzen Art des Angeklagten ist diese Behandlungsweise durchaus wahrscheinlich. Wenn einige Zeugen sagen, sie hätten nichts gesehen, so ist diese negative Aussage nicht geeignet, die positive Behandlung verschiedener anderer Zeugen zu entkräften. Es mag ihrem Gedächtnis erschweren sein, denn das Schlagen in der Kompanie war so alltäglich, daß sie gar nichts mehr darin gefunden haben. Danach ist erwiesen, daß der Angeklagte sich einer

### Schweren, vorläufigen Mißhandlung an Untergebenen

schuldig gemacht hat. Das gleiche trifft für den zweiten Fall zu. Als Helmhake aus dem Arrestloch geführt wurde, hat er ihn schwer beschimpft und mißhandelt. Auch hier sind zahlreiche Zeugen mit bestimmten Bekundungen aufgetreten, darunter solche, die mit dem Angeklagten gut standen, also nicht verheißt sein konnten.

Auch die hauptsächlichste Frage, ob der Angeklagte in Dienstausübung eine Gesundheitsschädigung und Mißhandlung des Helmhake durch Nichtbeachtung des Krankheitszustandes und durch Raubmenschenart herbeigeführt hat, erfährt der Staatsanwalt zu bejahen. In diesen Feststellungen ändert nichts, daß der Angeklagte eine überaus nervöse Persönlichkeit war, dessen Leiden durch

seine Verwundung und die außerordentlichen Schwierigkeiten in den Karpaten gesteigert wurde. Der Angeklagte war in seiner Kompagnie gewiß gefürchteter als die Russen. Das Ansehen des Heeres und damit das Ansehen des deutschen Volkes hat er nach außen hin geschädigt. Das bedarf der Sühne.

Nach einer kurzen Pause nahm der Verteidiger Dr. Georg Hirschfeld das Wort, der in längeren Ausführungen nachzuweisen sucht, daß der Angeklagte ein rein militärisches Delikt begangen habe. Er gebe zu, daß der Angeklagte nicht immer so gehandelt habe, wie er als Offizier handeln mußte, aber Ehrgeiz und Liebe zum Vaterlande (!) leiteten ihn. Es könne höchstens eine vorchriftswidrige Behandlung eines Untergebenen vorliegen, die aber durch die Kenntnis der Volksbeauftragten strafflos sei. Der Verteidiger bekämpft weiter die Ansicht des Staatsanwalts, daß der Angeklagte sich bei der Ausübung der ihm vorgeworfenen Straftaten im Dienst befunden habe. Schließlich verteidigt sich der Verteidiger zu der Behauptung, es wäre vielleicht ein Glück gewesen, wenn wir

### lauter solche Offiziere

gehabt hätten. Im Schlußwort wehrt sich der Angeklagte Hiller noch gegen den Vorwurf des Staatsanwalts, daß bodenlose Rohheit die Triebfeder seiner Handlungen gewesen sei.

Nach kurzer Rechtsbelehrung durch den Vorsitzenden zogen sich die Geschworenen zur Beratung zurück.

Die Geschworenen ernennten in zwei Fällen der Mißhandlung die Schuld des Angeklagten, bejahten dagegen die Schuld in einem Falle, ferner bejahten sie die Frage, ob der Angeklagte die Tat in Ausübung des Dienstes verübt habe. Die Frage, ob durch die Mißhandlung der Tod des Helmhake herbeigeführt worden sei, wurde verneint.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Sauer beantragte die Zurückweisung der Berufung des Gerichtsherrn gegen das Urteil des Kommandanturgerichts in den beiden ersten Fällen. Die für den einen übrig bleibenden Fall zu erkennende Strafe sei begrenzt nach oben durch die Straffestufung des Oberkriegsgerichts in Höhe von 2 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Dienstentlassung. Besteres lasse weg, da der Angeklagte inzwischen verabschiedet worden sei. Der Staatsanwalt beantragt 6 Monate Gefängnis. Daneben bleibe die rechtskräftig gewordene Beurteilung des Angeklagten zu 7 Wochen Festung bestehen.

Verteidiger R. Dr. Hirschfeld plädiert für Festungshaft.

Nach kurzer Beratung verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsrat Braun folgendes

### Urteil:

Nach dem Spruch der Geschworenen ist der Angeklagte wegen der Anklage, dem Helmhake eine Ohrfeige und einen Fauststoß verübt zu haben, freizusprechen und es bleibt nur die Anklage wegen der Behandlung des Helmhake während seiner Untersuchungshaft übrig. Das Gericht hat lange erwogen, ob auf Gefängnis oder Festung zu erkennen sei. Es hat die Festungshaft gewählt, und zwar aus folgenden Gründen:

Der Angeklagte ist ein Soldat gewesen, wie man ihn wohl selten im Felde gefunden hat. Er ist ferner durch mehrfache Verwundungen und die kolossalen Anstrengungen seines Dienstes nervös geworden und hat so, wie festgestellt, vielfach im Affekt seine Leute schlecht behandelt. Da er aber nicht aus egoistischer Gesinnung gehandelt hat, sondern in der Absicht, die Disziplin in der Truppe zu erhöhen und zu festigen, wobei er allerdings über das zulässige Maß hinausgegangen ist, hat der Gerichtshof auf fünf Monate Festungshaft und unter Zulammenziehung mit der bereits rechtskräftig gewordenen Strafe von 7 Wochen Festungshaft auf eine Gesamtsstrafe von sechs Monaten Festung erkannt.

### Soziales.

#### Militärrentner und Invalidenversicherung.

Durch Gesetz vom 26. Dezember 1920 wurde den Bezüglern von Renten aus der Invalidenversicherung eine längst notwendig gewordene Beihilfe zu ihrer Rente bewilligt, zugleich aber auch solchen Rentenbeziehern, die daneben noch eine Rente nach Militärverordnungsgelegenheiten beziehen, das Recht auf Beihilfe und zum Teil auch auf die Zulage abgesprochen. Dadurch sind einige Invaliden schwer geschädigt worden, da ihre Bezüge mit Militärhinterbliebenenrente niedriger sind als die In-

validenrente mit Zulage und Beihilfe. Manchen Invaliden würde sich zurzeit besser stellen, wenn er keine Militärhinterbliebenenrente nebenbei hätte, weil diese mit der Invalidenrente allein ohne Zulage und Beihilfe bedeutend niedriger ist als letztere mit Zulage und Beihilfe.

Aus diesen Tatsachen heraus ist die Frage am Tage: War dieser Erfolg des Gesetzes vom 26. Dezember 1920 Wille des Gesetzgebers und ist es möglich, eine andere Handhabung herbeizuführen?

Um diese Frage beantworten zu können, muß die Rechtslage einer kurzen Betrachtung unterzogen werden.

Die Verordnung vom 21. August 1919 bewilligte Zulagen für alle Personen, die auf Grund der reichsgerichtlichen Invalidenversicherung eine Invaliden-, Alters-, Witwen- oder Hinterbliebenenrente beziehen, sofern sie nicht Ausländer sind, die sich im Ausland aufhalten. Dadurch wurde auch den Bezüglern von Militärrenten und Militärhinterbliebenenrenten das Recht auf die Zulage von 20 M. für die Invaliden- oder Altersrente und von 10 M. für die Witwen- oder Hinterbliebenenrente gegeben.

Durch die Verordnung vom 30. Mai 1920 wurden die Zulagen auf 30 M. für die Invaliden- oder Altersrente, auf 15 M. für die Witwen- oder Hinterbliebenenrente erhöht und für die Waisenrente neu eine Zulage von 10 M. festgelegt. Zugleich wurde aber auch bestimmt, daß Personen, die auf Grund des Reichsverordnungsgegesetzes eine Rente für Vinderung ihrer Erwerbsfähigkeit um mehr als zwei Drittel oder eine Hinterbliebenenrente beziehen, die Zulage nicht erhalten sollten. Die Verordnung vom 21. August 1919 wurde aufgehoben. Da aber durch sie den Empfängern von Militärrenten- und Militärhinterbliebenenrenten das Recht auf die alten Zulagen bis 31. Dezember 1921 gewährt war, wurden ihnen diese bis zu diesem Termin belassen. Sie bekommen also nicht die erhöhten, sondern die alten Zulagen, die nun in Wegfall gekommen sind.

Das neue Gesetz brachte aber noch eine weitere Einschränkung. Es setzte im allgemeinen für die Bezüglern von Invaliden-, Alters-, Witwen- oder Hinterbliebenenrente eine Beihilfe von 40 M. monatlich, für Empfänger einer Waisenrente von 30 M. monatlich fest, jedoch aber alle Personen von dem Bezüge aus, die auf Grund des Reichsverordnungsgegesetzes oder anderer Militärverordnungsgegesetzes eine Versorgung erhalten.

Die Rechtslage ist nun so, daß sich die Bezüglern von Militärrenten allgemein damit abfinden müssen, keine Beihilfe auf Invalidenrenten zu erhalten. Wer eine Militärrente für Erwerbsbeschränkung um mehr als zwei Drittel bezieht, muß daneben auch noch auf die Zulage verzichten. Besteres trifft auch noch auf die Bezüglern von Militärhinterbliebenenrenten zu. Denjenigen aber von ihnen, die auf Grund eigener Leistungen Invalidenrente beziehen, ist zu empfehlen, eine Entscheidung der Instanzen der Arbeiterversicherung herbeizuführen, ob auch ihnen weder Zulagen noch Beihilfen zufließen. Sie können sich dabei auf die Rechtsprechung in Arbeiterversicherungssachen berufen. Es ist nämlich anerkannter Rechtsgrundsatz, daß für Erlassensprüche die Einheit des Leistungsgrundes Voraussetzung ist. Danach kann eine Krankentasse, die einem Unfallverletzten Krankentasse für eine Zeit gewährt, für die der Berechtigte auch einen Anspruch auf Unfallerschädigung hatte, als Ersatz die Unfallerschädigung beanspruchen, aber nur dann, wenn die Krankentasse als Unfallfolge zu betrachten ist. In anderen Krankheitsfällen kann einem Unfallrentner das Krankengeld nicht gekürzt werden, weil die Krankentasse keinen Ersatz von der Berufsgenossenschaft zu verlangen hat. Andererseits hat der infolge eines Unfalls Erkrankte keinen Anspruch auf Krankengeld, wenn die Berufsgenossenschaft das Heilberfahren übernimmt. Auch Gemeinden oder Armenverbände können Ersatz aus den Leistungen der Krankentassen nur verlangen, wenn die Unterstufung des Erkrankten wegen der Krankheit erfolgt ist, oder Ersatz aus den Leistungen der Unfallversicherung nur dann, wenn eine Unterstufung infolge des Unfalls gewährt wurde.

Witwen oder sonstige Hinterbliebenen, die eine Militärhinterbliebenenrente beziehen, können auf Grund der Leistungen des Verstorbenen Rente aus der Invalidenversicherung beziehen. Sie erwerben dieses Recht durch den Tod des Mannes oder Vaters, der infolge einer Kriegsdienstbeschädigung eintrat. Hier hat also die Rente die gleiche Ursache des Leistungsgrundes. Anders bei den Invaliden. Sie würden auch Invalidenrente bekommen, wenn der Verstorbene, wegen dessen Tod sie Militär-, Witwen- oder Altersrente beziehen, noch lebte. Hier hat der Bezug der Invalidenrente nichts mit dem Kriegsdienst zu tun. Deshalb erscheint es auch ungerecht, diese Personen vom Bezug von Zulagen und Beihilfen auszuschließen und sie dadurch schlechter zu stellen.

# HALPAUS-RARITÄT

Die unübertroffene Qualitäts-Cigarette

ARTUR SCHWARZ

**Bei Husten**  
Halserkelt, Asthma  
und Lungenleiden ist  
San-Rat  
**Dr. Wegscheiders**  
**Brust-Tee**  
nach Orig.-Vorschrift  
seit Jahren ärztlich  
empfohlen u. bewährt.  
Pakete zu 5.— u. 9.50.  
Elefant-Apotheke  
Berlin SW 213, Leipziger  
Straße 74, Dönhofsplatz

**Chemnitzer**  
**Strumpfhans**  
Berlin, Leipziger Str. 68  
I. Etage  
Unübertroffen in  
Qualität u. Preis  
**Damenstrümpfe**  
Herrn-Socken, Kinder-  
Strümpfe in allen Quali-  
täten und Preislagen  
**Sämtliche** Wirtelstrümpfe  
überprete  
Geb. Hoffmann, Gebde-  
nitzer Straße 31.

**Grossen Erfolg**  
erziel. Anzeig. Vorwärts Wer daher etwas  
jeder Art im Vorwärts kaufen od. ver-  
kaufen, wer Grundstücke, Läden oder  
Geschäftsräume pachten oder ver-  
pachten, mieten od. vermieten will  
inserierte im Vorwärts  
Jeder Versuch  
lohnt!

**Kleide Dich billig, elegant!**  
im Leihhaus Moritzplatz 58a

**Vollständig geheilt**  
wurde ich, obwohl ärztliche  
Hilfe vergebens war, durch  
Ihre Spezialmittel von meiner  
**Flechte.**  
So schreiben viele über den  
10 Jahre (über bewährte  
Verkehrs-Flechtenbainum  
N. 1250. Zur gleichzeitigen  
innerlichen Kur Sulfarion-  
Dietreinsigungs-Pulver  
N. 450, üliche 5 Gs. 13.—  
Otto Reibel, Berlin 43,  
S.O. Sittenbahnstr. 4.

**Rute 35 M. an!**  
In Karan, direkt vom Bauer.  
Verkauft Sonntag's Restau-  
berst, am Bahnhof.  
Rieger, Berlin, Gendarmstr. 5.  
**Kaufe**  
laufend Leistungs-Dynamo  
und Widerstandsdröhte, so-  
wie Inflationssmaterial.  
Elektromechanik Zentrum  
Groner, Berlin, Auguststr. 18  
Kleinanbau 4782.

**Jackett-Anzüge, Cutaways, Wislet**  
teils auf Seide, früher bis 1200 M., jetzt  
für 400—500 M. Ferner Damen-  
Kostüme, Mäntel, enorm billig!  
Nach beendeteter Saison 50% herab  
gesetzt! Kreuzstraße, Zobel-, Blau-,  
Weiß-, Silberfische, Keine Leiharbeiter.

Die bedeutenden Gestalten  
der großen fran-  
zösischen Re-  
volution von  
**1789**  
und die gewal-  
tigen Ereignisse  
zeichnet  
Schikowski in  
seinem Buche:  
**Sitten- u. Charakterbilder**  
aus der französischen Revolution  
in lebendigen u. packenden Bildern.  
Preis geb. 7,50 Mk. und 20%  
Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68,  
Lindenstraße 3.

**Oberlandesgerichtsrat**  
ausserd. sachgemähe Rechtsberatung, Klärung von schwierigen  
Fällen. Geb. Wilmanns, Vertrauenssache, Ermittlungen.  
Potsdamer Str. 115, Wohn 2494, Direktor Fabrich.

**Deutscher Weinbrand**  
**Scharlachberg**  
**Meisterbrand**  
Die Marke des verwöhntesten Feinschmeckers.  
Bingen a. Rh.  
Karl G. Bogenhofer, Berlin W. 50, Fürtter Str. 3. Tel. Uhland 524  
Cognacbrennerei Scharlachberg G. m. b. H., Bingen am Rhein











im Botanischen Garten durch wissenschaftliche Beamte des Instituts veranlassen. Dem Liebhaber der Pflanzenwelt wird hierdurch Gelegenheit geboten, sich nicht nur an der Schönheit und Eigenart der reichen Gärten zu erfreuen, sondern auch einen Ueberblick über die wissenschaftlichen und praktischen Ziele des Gartens zu gewinnen. Näheres ist aus dem bei den Vorlesern des Gartens erhältlichen Programm zu erfahren. Die erste Führung findet am 2. April statt.

## Filmschau.

„Das Wunder des Schneehubes“, der grandiose Natursportfilm, welcher den ungeteilten Beifall aller Behörden, der Presse und des Publikums gefunden hat, gelangt am Sonntag, den 20. März, vormittags 11 1/2 Uhr im Rarmorhaus, Kurfürstendamm 236, in einer Sondervorstellung zur Vorführung. Kaffeneröffnung eine Stunde vorher.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Sonnabend, den 19. März:

Jungsozialisten, Gruppe Südost 7 1/2 Uhr im Saal der Justizischen Sprachschule, Lindenstr. 3, Vortragabend.

Morgen, Sonntag, den 20. März:

11. Kreis Schöneberg. Nachmittags findet eine Erörterung der beim Kampftisch gefallenen Beschlüsse statt. Die Parteigenossen mit Frauen treffen sich zur gemeinsamen Kranzniederlegung nachmittags 2 1/2 Uhr bei Frau Schöneberg 17. Niemand darf fehlen. Referent: Walter Meier, Friedhof „Blante 500“, Cölhoffstr.

12. Abt. Schöneberg. Die Funktionserklärung am Dienstag, den 20. März, findet wegen der Berliner Funktionserklärung nicht statt.

13. U. S. D. -Sitzungsberichte. Nächste Sitzung am Donnerstag, den 7. April, von 6 bis 8 Uhr, in den Seiten 3, Zimmer 10.

## Aus der Partei.

Mai-Zeitung 1921.

Während im Vorjahre der Kampftisch die rechtzeitige Herstellung der geplanten gemeinsamen Maiheftung verhindert, so daß notgedrungen die Mainummer von „Volk und Welt“ zum Ersatz herangezogen werden mußte, läßt der Parteivorstand in diesem Jahre wieder eine eigene Mai-Zeitung für die Partei bei der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erscheinen.

Bei einem Umfang von 16 Seiten und im Tiefdruck auf gutem Papier hergestellt, wird sie sich sowohl textlich als auch durch ihren reichen künstlerischen Bilderreichtum den besten früheren Heftungen zum Wettstreit würdig anschließen. Den Maiheftungen feiern eine Reihe rückwärtiger und zielweisender Beiträge nomenhafter Genossen. Im besonderen findet der 1. Mai in seiner Beziehung zu den Frauen eine ausführliche Behandlung, ferner auch die sich aus ihm für unsere arbeitende Jugend ergebenden Forderungen und Ziele, worüber Genosse C. R. Müller-Magdeburg schreibt. Die Maiheftung gibt in Wort und Bild Zeugnis von dem schweren körperlichen und geistigen Schaffen unseres Volkes und steht naturgemäß unter dem Zeichen der für Deutschland so hart verlaufenen Londoner Konferenz. Denn letzten Endes werden die unmenlichen Forderungen, welche die Entente uns aufzuzwingen trachtet, Feffel und Kette für die deutsche Arbeiterschaft sein. Mit laut vernünftiger Stimme appelliert daher die diesjährige Maiheftung an die Solidarität der Arbeiterschaft in den Entensländern. Nicht nur Deutschlands Zukunft ist in Gefahr, sondern der internationale Maiheftung überhaupt. Niemals ist es mehr, den alten Kampf und Befreiungskampf „Proletariat aller Länder vereinigt euch!“ dringlicher in die Welt hinauszutragen, als jetzt. Daß er seine Wirkung nicht verfehlt, dafür muß die Klassenbewußte Arbeiterschaft durch eine maßvolle Verbreitung der „Maiheftung“ selber sorgen, die ob ihres reichen Inhalts und ansprechenden Aufsehens überall guter Aufnahme fähig ist.

Jeder, auch der kleinste Ortsverein, wende sich daher wegen des Besandes einer größeren Anzahl sofort an sein zuständiges Sekretariat oder direkt an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

In den preussischen Staatsrat wählte der rheinische Provinziallandtag folgende Sozialdemokraten: Bürgermeister Johann Reersfeld-Göln, Polizeikommissar Karl Eberle-Barmen, Redakteur Peter Verten Düsseldorf (letzterer an Vorschlag der U.S.D.). — Stellvertreter: Schäfer-Köln, Dröner-Eberfeld, Webers-Krefeld.

## Wirtschaft

Die wirtschaftliche Not der Schweiz.

Unser Nachbarland, die Schweiz, hat unter schwerer wirtschaftlicher Not zu leiden. Diese Not hatte schon während des Krieges begonnen, hat dann nach Friedensschluss mehr und mehr zugenommen und ist jetzt zu einer Krise herangereift, die nicht weit von einer Katastrophe entfernt scheint. Und das, obgleich die Schweiz während des Krieges gewissermaßen das Clearing-Haus von Europa war und unter dem Kriege nicht direkt zu leiden hatte. Aber man begreift die Not der Schweiz, wenn man die wirtschaftliche Struktur dieses Landes kennt. Es ist falsch, sich die Schweiz als „ein Volk von Hirten“ vorzustellen. Das war früher einmal. In den letzten 50 Jahren hat die Schweiz sich zu einem wichtigen industriellen Exportland entwickelt, dessen Bedeutung darin liegt, daß es vorzugsweise nur Qualitätsware produziert. Dies erklärt sich daraus, daß die Schweiz für ihre Industrie alle Rohmaterialien und

Brennstoffe einführen, diese Einfuhr also durch den Mehrwert der Qualitätsarbeit bezahlt werden muß. Sogar die schweizerische Landwirtschaft ist nach und nach in wichtigen Teilen zu einer Exportindustrie geworden und zwar durch den Übergang vom Körnerbau zur Milchwirtschaft, die die Ausfuhr von Milchprodukten — vorzugsweise Käse, kondensierte Milch und Milch-Schokolade — in immer steigendem Maße erlaubt.

Diese starke Exporttätigkeit, auf der — neben der Fremdenindustrie — der Wohlstand des Landes beruht, hat durch den Krieg eine Unterbrechung erfahren und konnte bis heute noch nicht wieder aufgenommen werden. Der Hauptgrund liegt in dem hohen Stande der schweizerischen Valuta: nur im Verhältnis zum Dollar hat die schweizerische Valuta den Friedenskurs, alle anderen Valuten, auch der Sterlingkurs, stehen in der Schweiz dauernd unter Pari. Dieses Verhältnis wirkt auf die schweizerischen Exportindustrien geradezu prohibitiv ein — die schweizerischen Waren stellen sich auf den Weltmärkten zu teuer, sie können der Konkurrenz nicht standhalten und werden deshalb nicht gekauft. Der dadurch entstehende gewaltige Ausfall kann durch einen vermehrten Verbrauch in der Schweiz selbst auch nicht annähernd ausgeglichen werden. Eritens weil der schweizerische Inlandmarkt an und für sich ein beschränkter ist und durch den Ausfall im Fremdenverkehr noch mehr beschränkt wird, und zweitens weil die Länder mit niedriger Valuta auf dem schweizerischen Inlandmarkt durch ihre billigeren Waren eine scharfe Konkurrenz darstellen. Auf das Drängen der notleidenden Industrie hat deshalb der schweizerische Bundesrat neuerdings zwei Maßnahmen getroffen, die die Ueberflutung des Landes mit billigen ausländischen Waren eindämmen sollen: es werden vorübergehend — d. h. bis zum 30. Juni 1923 — gewisse Erhöhungen des Zolltarifs vorgenommen und ferner wird die Wareneinfuhr überhaupt bestimmten Beschränkungen unterworfen.

Es ist klar, daß sich diese Maßnahmen vorzugsweise gegen die deutsche Einfuhr richten. Aber es erscheint als höchst zweifelhaft, ob man damit auf dem richtigen Wege ist. Sicherlich ist die Not der Schweiz weniger durch die übermäßig billige Einfuhr, als vielmehr durch die Wirkungen der allgemeinen Weltwirtschaftskrise bedingt, sowie weniger durch die Einfuhrkonkurrenz, als durch die Ausfuhrstocung. Dazu kommt, daß die Maßregeln zum „Schutz des einheimischen Marktes“ für die Schweizer selbst nur eine erneute Leuerung zur Folge haben müssen. Die Schweiz ist heute schon, infolge ihrer hohen Valuta, eines der teuersten Länder Europas. Der durchschnittliche Tagelohn des schweizerischen Arbeiters wird mit 12 bis 15 Franken berechnet, in Mark umgerechnet nach dem heutigen Kurse etwa 125 bis 160 M.; deutsche Arbeiterlohn kostet franzo Basel 190 Franken die Woche, das heißt mehr als das Zehnfache des deutschen Inlandpreises von 175 M. Diese Preise, die hier nur als zwei Beispiele aus zahlreichen anderen angeführt seien, spiegeln sich dann in den Preisen für alle Lebensbedürfnisse in der Schweiz wider. An den Abbau der Preise ist dort schwerlich zu denken, und daß sich das Verhältnis der schweizerischen Valuta zu den Valuten anderer Länder in absehbarer Zeit ändern werde, ist wenig wahrscheinlich. Infolgedessen verstärkt sich die Krise zu einer wirklichen Arbeitslosigkeit. Ende Januar wurden in der Schweiz amtlich 34 600 ganz Arbeitslose und 72 000 teilweise Arbeitslose gezählt. Aber diese Ziffern, so bedenklich sie im Verhältnis zur Gesamtziffer der schweizerischen Arbeiterschaft sind, bleiben noch wesentlich hinter die Wirklichkeit zurück, da wichtige Exportindustrien, wie die Seiderei, die Seiden-, die Band- und Strohhutindustrie teilweise Hausindustrien sind und die Verhältnisse der ländlichen Heimarbeiter sich nur schwer übersehen lassen.

## Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, Sekretariat: R. 40, In den Seiten 23. Eine Märzfeier mit ausgedehntem Programm findet heute abend 7 Uhr in den Sophienstraßen, Sophienstr. 17/18, unter Mitwirkung des Frau-Quartetts und des Dr. Guttmannschen Doppelquartetts statt.

Sonntag, den 20. März:

Borsigwalder Schule, Tischler, Mitglieberversammlung. — Tagel. Bohndorfsche 13, Vortrag: „Der 13. bis 20. März 1920.“

## Gerichtszeitung.

Wer ist der Vater?

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts II hat vor einigen Tagen ein Prozeß begonnen, in welchem sich der wegen Kuppel und Zuhälterei vorbestrafte Stukfateur Ernst Malchow aus Oberschöneweide wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen an einer Person unter 14 Jahren und die jetzt 20 Jahre alte Weida Köfede wegen Meineids- und Beistandsleistung des Malchow, um ihn der Bestrafung zu entziehen, zu verantworten hatten. Die K. hatte im Alter von noch nicht 14 Jahren ein Kind zur Welt gebracht, das später gestorben ist und ihrem Vormunde zunächst erklärt, daß ein ihr sonst unbekannter Mann namens Otto Stein der Vater sei, während sie später ihren Konfirmationslehrer, den Pfarrer Glasomersch, als Vater bezeichnete, der sich im Konfirmationslokal an ihr vergangen habe. Bei dieser Behauptung blieb sie und hat sie auch später, als sie eidemündig geworden war, bestritten. Nach Ansicht des Staatsanwalts soll diese eidliche Bekundung falsch und der Witangeklagte Malchow der Vater sein. In der Verhandlung bestritt dieser ganz entschieden die Vaterschaft und die K. verweigerte jede Aussage. Das Gericht kam zur Verurteilung, da noch weitere Zeugen und auch ein medizinischer Sachverständiger vernommen werden sollen.

Wegen Raubmordes sind am 16. Dezember 1920 vom Schwurgericht Stettin der Arbeiter Walter Gustmann und der Arbeiter Ernst Schaffschneider zum Tode verurteilt worden. Sie boten am

Abend des 2. Oktober 1920 dem Jungen B. in Stargard zwei Pferde zum Kaufe an. Da diese aber durch Blausäure vergiftet worden, wurde der Herkunft der Pferde nachgeprüft. Auf der Kunststraße Altdamm-Stargard wurde dann der Arbeiter Otto Ademann ermordet aufgefunden. Die beiden Angeklagten waren dem Ademann dort begegnet und erlachten ihn, um die Pferde sich anzusehen und zu erwerben. Wegen des Todesurteils hatten die beiden Angeklagten Revision eingelegt. Da es sich nur um unbeachtliche Prozeduren handelte, verwarf das Reichsgericht das Rechtsmittel als unbegründet.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Lehrer für Musikinstrumente. Der Bund der Arbeitermusikvereine richtet am 1. April zwei Kurse ein, und zwar Kursus I für Anfänger (Elementarunterricht), Kursus II für Fortgeschrittene (Instrumentalunterricht für Mandoline, Banjo, Gitarre, Violine und alle anderen Instrumente). Bundesmitgliedern und allen Arbeitern stehen diese Kurse offen. Anmeldungen zu diesen Kursen sind sofort an Erich Betsch, D. 112, Gürtelstr. 17, zu richten. Was höhere geht den Teilnehmerinnen schriftlich zu. Die Notwendigkeit dieser Kurse hat sich für den Bundesvorstand aus der Tatsache ergeben, daß viele Vereine im Aufstiege in den Bund nachstufen, die nicht die nötigen Kenntnisse hatten und daher nicht an den Bundesproben und Veranstaltungen teilnehmen konnten. Des weiteren aus der Erkenntnis, daß viele Musikfreunde wohl die Elemente der Musik kennen, aber den dringenden Wunsch haben, sich weiterzubilden. Es ist eine der Hauptaufgaben des Bundes der Arbeiter-Musikvereine, allen Arbeitern und Arbeiterinnen, Jugendlichen und auch unserer Schuljugend, die zur und Interesse zur Erlernung eines Instrumentes haben, Gelegenheit zu geben, sich die nötigen Kenntnisse unter fachmännischer Leitung anzueignen. Dies soll der Hauptzweck der Kurse sein. Der Preis für einen Kursus von ungefähr 5 Doppelstunden beträgt für Bundesmitglieder 4 M., für Nichtmitglieder 7 M. Für Arbeitslose und schulpflichtige Kinder Arbeitslosenfür die Unterricht unentgeltlich. Als Unterrichtsort ist eine Schule im Zentrum der Stadt in Aussicht genommen.

Lehrer-Verein „Die Naturfreunde“. Am Mittwoch, den 23. März, Aufgabendentliche Generalversammlung, 7 Uhr abends, Schulaula Gipsstr. 23. Tagesordnung: Statutenberatung. Anschließend Ortsgruppenfeier mit Vortrag. — Die Ortsgruppe Berlin des Bundes deutscher Kriegsbeschädigter e. V., Elb-Bambura, hält heute, 7 Uhr, bei Wollermann, Eichenstr. 10, eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Bundesvorsitzende Kamerad Peierich, Hamburg, wird über die gegenwärtige Lage und Ziele der Kriegsbeschädigten sprechen. — Reinickendorfer-V. Offizielle Elternversammlung am Dienstag, den 22. März, abends 8 Uhr, in der Aula der 5. Gemeindefeldschule, Augustenstraße 11 (graue Schule). Vortrag: Die Ausgestaltung der weltlichen Schule. Ref.: Lehrer Genosse Runkel. — Verband der Jungen- und Arbeitervereine Deutschlands. Am Sonntag, den 20. März, vormittags 10 Uhr, findet eine Mitgliederversammlung in der Aula des Sophien-Realgymnasiums, Eichenstr. 13/14, statt. Die Mitglieder werden ersucht, möglichst vollständig und pünktlich zu erscheinen. — Freizeitsport-Gemeinschaft. Sonntag vorm. 10 Uhr im Stadthaus, Köpenicker Str. 10, Jugendweihnachtsfeier. — Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, Gruppe Berlin SO. Montag, den 21. März, abends 7 1/2 Uhr, in den Unions-Gezellen, Greifswalder Str. 21, Mitgliederversammlung.

## Aus aller Welt.

Das tägliche Explosionsglück.

In dem Munitionslager Schwerborn bei Erfurt, in dem gefüllte Fliegerbomben, Seeminen ujm. zum Zwecke der Metallverwertung entladen werden, stieg ein Schuppen mit Schrapnellmunition in die Luft. In der gesamten Umgebung wurden Fenster und Häuser eingedrückt. Vier Frauen konnten, zum Teil mit eingedrückt Brustkorb und schweren Brandwunden, sich retten. Die übrigen, etwa zehn Arbeiter, haben allem Anschein nach den Tod gefunden. Genaue Feststellungen über die Zahl der Getöteten werden erst nach Ende der Explosionen möglich sein, die fort dauern.

Selbstmörderische Autokater. Freitag vormittag zertrümmerte ein in voller Fahrt befindlicher amerikanischer Frachtwagen die im Vorhande des Bahnhofs Weichenturm bei Koblenz befindliche geschlossene Weichenturm und wurde von einem im selben Augenblicke heran kommenden D-Zuge erfasst und vollständig zertrümmert. Die Insassen, drei amerikanische Soldaten, wurden sofort getötet. Der D-Zug konnte nach einem Aufenthalt von 15 Minuten seine Fahrt fortsetzen.

Der Ueberfall auf den Postagenten von Oberkail, bei dem 63 000 M. geraubt sein sollten, hat sich als erfunden herausgestellt. Der Postagent hat sich von seinem Bruder fesseln lassen und sich sodann einen Schlag auf den Kopf verlesen lassen. Der Bruder nahm dann das Geld und versteckte es in einer Schürze, wo es gefunden wurde. Beide Brüder sind verhaftet worden.

Abstimmungsbriefmarken! Die Internationalisierte Kommission gibt bekannt, daß am Abstimmungstage besondere Briefmarken in den Worten von zehn bis hundert Pfennigen einzufachlich ausgeben werden. Die bisherigen Briefmarken werden mit dem Aufdruck: „Abstimmung 20. 3. 21“ versehen.

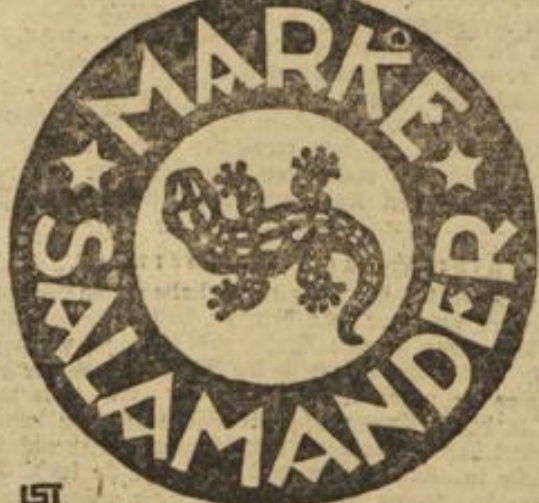
Ein ehemaliger russischer Kriegsgefangener zum Tode verurteilt. Der württembergische Staatspräsident hat das von dem Schwurgericht Ulm wegen des Raubmordes Orlovski, einen ehemaligen russischen Kriegsgefangenen und Landarbeiter, ergangene Todesurteil bestätigt und für vollstreckbar erklärt. Orlovski hatte einen 72 Jahre alten Schuhmacher bei Halbenheim überfallen und ermordet.

Die Zahl der Neger in New York beträgt heute rund 150 000, ist also seit der Volkszählung von 1910 um 61 000 gleich 67 Proz. gestiegen!

## Sport.

Arbeiter-Radsport-Verein „Groß-Berlin“. Sonntag nachmittags 1 1/2 Uhr Riesenrad (Heldestraße). Start: Mariannenplatz. Die Veranstaltung des Arbeiter-Sportfestes für den 12. Vermaltungsbeirat (Steglich-Eggenstein-Straße) findet heute abend 7 1/2 Uhr nicht in der Aula der Oberrealschule in der Ringstraße statt, sondern in der Aula des Realgymnasiums in der Dreifaltigkeitsstr.

# Die neuen Salamanderpreise.



Salamander-Stiefel sind den gegenwärtigen Verhältnissen am Ledermarkt entsprechend äußerst billig kalkuliert. — Unsere Frühjahrsmodelle sind in unseren Geschäften schon zu diesen billigen Preisen eingetroffen. — Auf diese Preise haben wir auch unsere Lagerbestände, ohne Rücksicht auf Gesehungskosten und frühere Preislagen, in erkennbarer Weise

## heruntergezeichnet.



# Groß-Berlin

## Die gefälschten Tribünenkarten.

Es herrscht wohl kein Zweifel, daß die unrechtmäßige Herstellung und Verteilung von Tribünenkarten zur Stadtverordnetenversammlung durch die Kommunisten erfolgt ist.

Am ihren durchaus nicht im Interesse der Arbeits- und Obdachlosen aufgeführten Tiraden ein größeres Auditorium zu verschaffen, mühten sie zu diesem falscherlei greifen und auf „illegitime“ Weise einer größeren Anzahl Nadaumacher Zutritt auf die Tribüne verschaffen. Denn was bedeuten die Adolf Hoffmann und Genossen in der Stadtverordnetenversammlung, wenn ihre Hauswurfschlagen nicht von der Tribüne einige Unterstützung erfahren. Eine Korrespondenz berichtet, daß die Verteilung gefälschter Tribünenkarten abends durch mit roten Bändern kenntlich gemachte Ordner und Ordnerinnen der kommunistischen Partei im Zustande erfolgt sei. Die Aufseher auf der Stadtverordnetentribüne rekrutierten sich auch nicht nur aus den Reihen der Obdachlosen, sondern die Hauptstreifer waren durchaus gut geleidete Personen. Aus dieser Tatsache geht klar hervor, daß der ganze Skandal bestellte Arbeit war, lediglich zu dem Zweck, die Beratungen der Stadtverordnetenversammlung zu stören.

Daß die Gemeinde Berlin aus eigener Kraft dem durch die ungeheure Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot vorhandenen Elend nicht wehren kann, wissen auch die Kommunisten, und wenn es ihnen ernst wäre mit ihren zahlreichen Anträgen, so mühten sie dieselben an anderer Stelle anbringen. Aber die Tatsache, daß sie weder im Landtag noch im Reichstag mit entsprechendem Tribünenpublikum einen solchen Klamauf inszenieren können, veranlaßt die kommunistischen Drahtzieher lediglich, die Stadtverordnetentribüne für ihre unsozialen Zwecke zu mißbrauchen.

Es wird ernstlich zu erwägen sein, ob denn gerade das Berliner Rathaus für kommunistische Organe gut genug ist. Unter den obwaltenden Verhältnissen wird denjenigen, die ernstlich an der Besserung unserer sozialen Verhältnisse arbeiten wollen, die kommunale Tätigkeit geradezu verweigert.

## Laubkolonien.

Die nachfolgende Zuschrift eines erfahrenen Laubkolonisten berücksichtigt die, weil sie zum Teil beherzigenswerte Anregungen enthält.

Für den Industriearbeiter ist der Gemütsanteil nicht hoch genug zu schätzen, den ein städtischer Natur, ein gründer, blühender Garten, frische Sträucher und Bäume in ihm hervorrufen. Ich denke hierbei an einen Sommerfrühling, wenn weit und breit noch Menschenfüße herrschen, wenn im Osten die Sonne hervorragt, wenn die Vögel in Strauch und Baum schüchtern ihre Morgensprache beginnen, wenn die Taupfropfen auf Blatt und Halm im Sonnenstrahl wie Kristallperlen glänzen.

Nicht umsonst waren die Laubkolonien in der Umgebung Berlins am schönen Sonntag das Ziel Tausender; jeder Einwohner, der die Strapazen eines Sonntagsausflugs mit der Bahn scheute, suchte sich am Grünen und Blühen der Laubkolonien zu ergötzen, und je mehr Grün, je mehr Bäume und Sträucher, desto größer der Genuß. Die Laubkolonien waren auf dem besten Wege, für die minderbemittelte Bevölkerung der angrenzenden Stadtteile gemeinnützige Stätten zu werden.

Nachdem die Kolonien in eigene Verwaltung übernommen waren, glaubte man, daß dieser Entwicklung nun erst recht die Wege gebahnt würden; leider ist heute zu bemerken, daß — trotz Widerstand einzelner in den Verwaltungen — sich mehr und mehr der Zug nach Kleinlichkeit, persönlicher Ruhmbekämpfung geltend macht. Um dem Uebelstand der zurzeit etwas stark grassierenden Dieberei zu steuern, werden alle die Kolonien kreuzenden Wege verschlossen; jeder Durchgang bekommt eine Tür, zu der nur der Kolonist den Schlüssel besitzt. Dabei erreicht man mit dieser Maßnahme noch nicht einmal den gewollten Zweck, denn neben der meterhohen Tür steht der Begrenzungszaun des anliegenden Kolonisten in der Regel in einer Verfassung, die dem Spitzbuben sicher keinen Respekt einflößt. Aber weiter: Weil dieser und jener Baum der Pflanze das Sonnenlicht verstellt oder weil dessen Wurzel den Boden „auslaugt“, muß er beseitigt werden. Die Kolonie muß möglichst nur solche „Bäume“ haben, über die man mit der Rasenpflege hinwegsehen kann. Ich habe hier im Auge die Kolonien im Winkel der Thier-

und Räderstraße am Zentralviehhof entlang. Das Gelände besaß eine Anzahl schöner Baumalleen, schon um deren Willen es eine Sehenswürdigkeit war. Wie sehen diese Bäume heute aus? Es ist geradezu aufreißend, wie Menschen in ihrem kleinsten Interesse die Natur so verkommen lassen. Da wird so viel von der Notwendigkeit gesunder Naturanlagen und Einrichtungen um die Großstadt herum geschrieben und gesprochen, man sollte meinen, daß unter diesem Gesichtspunkt für den Menschen jeder Baum ein Heiligtum sein müßte und was geschieht? Ich wünschte, fühlende Menschen würden sich den Frevel ansehen. — Und das alles nur deswegen,

# Postabonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, ersuchen wir unsere Postabonnenten, das Abonnement für den Monat April zum Preise von 10 Mk. inkl. Zustellungsgebühr, bei dem zuständigen Postamt schon jetzt zu bestellen.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin

damit auch ja nur jedes Körnchen Ackererde ausgenützt werde. Rein, Himmel, ist das kleinlich! Ich will gewiß nicht in Abrede stellen, daß unter den heutigen Verhältnissen jedes Quantum Lebensmittel mehr mispricht; aber sind denn die Handvoll Früchte, die man auf dem Blumentopf voll Erde erntet, so viel wert, daß man ihnen zu Liebe die Natur verachtet, dem Menschen den Genuß, dem Vogel die Brutstätte verdirbt?

Die Laubkolonien müssen das werden, was sie ihrer Natur nach sein sollen. Nicht nur ein Ausbeutungsobjekt für die Pächter, sondern daneben auch ein Erholungsort für die minderbemittelte Bevölkerung der angrenzenden Stadtteile, die sich den Vorteilen, ein grünes Stückchen Erde in der Nähe der Wohnung zu haben, nicht leisten kann. Der Pächter hat seinen ungenutzten Garten; darin mag er sich wohl fühlen und seinen materiellen Vorteil genießen. Den anderen gönnt den Durchgang durch die Kolonie, das Schauen und Naturgenießen! Es sind nicht alles Diebe. Gönnt den Nebenmenschen die Freude. Der Mensch, der sich mit der Natur abgibt, soll Natur- und Menschenfreund sein.

## Linie 16 Treptower Rathaus.

Die Berliner Straßenbahn teilt mit, daß vom 21. März d. J. ab die Linie Weydenstraße—Treptow-Rathaus der vormaligen Berliner elektrischen Straßenbahnen die Liniennummer 16 erhält.

## Feuerwehr und Rettungswesen.

Nach dem Zustandekommen der neuen Einheitsgemeinde Berlin ist der Gedanke aufgetaucht, das gesamte Rettungswesen an die Feuerwehr anzugliedern. Dieser Vorschlag, mit dessen Verwirklichung nur dem Beispiel vieler anderer Städte gefolgt würde, findet Beifall auch in den Reihen der Feuerwehrbeamten selber. Eine von dem Vorsitzenden des Beamtenausschusses III der Charlottenburger Feuerwehr, Herrn Robert Gleichmann, verfaßte Denkschrift, die sich an den Berliner Magistrat wendet, betont, daß die Uebernahme des Rettungswesens durch die Feuerwehr eine Vereinfachung und Ersparnis bedeuten würde. Die Feuerwehr hat nicht nur im Sammelwesen bereits ausgebildete Beamte, sondern auch Fahrzeuge, Kraftfahrer, Wagenschuppen, ferner Telefonanlage, Räume für Unfallstationen, Werkstätten für vornehmliche Reparaturen. Daher würden die Kosten, die durch die Uebernahme entstünden, nur gering sein. Die Denkschrift fordert, daß die Feuerwehreinheit durch den Rettungsdienst nicht leiden darf. Dieser Meinung sind auch wir. Es wäre aber

zu erwägen, ob nicht umgekehrt das Rettungswesen manchmal durch den Feuerschutz leiden würde.

## Wasserrettungsdienst ab Karfreitag.

Die Rettungsvereine der Wasserpolizei von Berlin und Umgebung teilt mit, daß ihre Rettungsstation in Mahndorf sowie die damit verbundenen Warnungsstationen in Köpenick beim Köpenicker Ruderklub, Köpenick (Damerig-See) beim Ruderklub „Erster“, Friedrichshagen bei der „Alt-Brandenburg“, Akademischen Ruder-Gesellschaft, vom Karfreitag, den 25. März, ab wieder in Betrieb gesetzt werden. Ebenso soll vom gleichen Tage ab wieder ein Rettungsdienst auf den Wannensee-Wasserläufer durch das Motorboot „Hete“ eingerichtet werden. Ferner ist beabsichtigt, einen Warnungsdienst zu den Osterfeiertagen für den Köpenicker See einzurichten. Alle Wasserpolizisten werden gebeten, beim Befahren des Müggelsees die größte Aufmerksamkeit zu beobachten und auf jeden Fall zu vermeiden, bei gezogener roter Sturmflagge den See zu befahren.

Ein netter U.S.P.D.-Genosse. Von einem Genossen wird uns ein Vorgang mitgeteilt, der sich beim Flugblattverbreiten abspielte. Unser Gewährsmann schreibt: Da mir am Sonntag und Montag unmöglich war, machte ich mich am Dienstag abend auf die Strampe, um meiner Pflicht als Flugblattverteiler nachzukommen. Zu meinem Verteilungsgebiet gehört auch das Haus Wattenstraße 17. Reiner Pflicht gemäß war ich in jeden Wohnungsabteilungen ein Flugblatt. Im Parterre des Quergebäudes war an einer Wohnungstür kein Briefkasten angebracht, und es erschien mir, als ob diese Wohnung überhaupt nicht bewohnt ist. Vorichtshalber legte ich aber doch ein Flugblatt vor die Tür. Da tauchte plötzlich ein baumlanges Kind auf der Bildfläche auf, der mich in der allergrößten Weise anranzte, wie ich dazu käme, Flugblätter „hinzuschmeißen“. Die konnte ich mir sonstwo hinstellen. Als ich Einwendungen machte und darauf hinwies, daß der Mieter, wenn die Wohnung wirklich bewohnt ist, das Blättchen zweifellos an sich nehmen werde, suchte mich der Herr mit den Händen vors Gesicht und betonte in überhöflicher Weise, daß er hier allein zu bestimmen hätte — das sahste — das „sahste“ betonte er besonders. Ich hatte das sichere Gefühl, einen richtigen Hausstrannen vor mir zu haben, einen kleinen Speker, der es zu nichts weiter im Leben als zu einem Hausverwalter gebracht hat und der seine vermeintliche Macht einem hausfremden Flugblattverteiler gegenüber herauskehren will. Wie erstaunte ich aber nachher, als ich später ganz einwandfrei feststellen mußte, daß dieser Herr — ein Herr Böschmann — eingeschriebenes Mitglied der U.S.P.D. ist. Da wohl kaum angenommen werden kann, daß ein früheres Mitglied der Sozialdemokratischen Partei einem Flugblattverteiler gegenüber so auftreten würde, so ist wohl anzunehmen, daß Herr B. noch ein junges Mitglied der U.S.P.D. ist und daß er sich in seiner Partei mit solch unangenehmen Arbeiten wie Flugblattverbreiten noch nicht abgegeben hat.

Die juristische Sprechstunde findet heute nicht von 3 bis 5 Uhr, sondern von 4 bis 6 Uhr statt.

Beirats-Bildungsanstalt. Heute abend im Rose-Theater, Große Frankfurter Str. 132. „Das Tal des Lebens“, historisches Lustspiel von Max Dreger. Eintritt einschließlich Barabode und Theatergeld 2,50 Mk. Karten sind zu haben bei allen Abteilungsleitern des 1. Beirats (Brenzlauer Tor) und bei den Kontrollanten am Eingang des Theaters. — Heute abend 7 Uhr in den Sophienkino, Sophienstr. 17/18. Marschier des Beirats „Arbeiter-Jugend“ Groß-Berlin. Mitwirkende: das Schubert-Quartett (Streikmusik) und das Dr. Guittmannsche Doppelquartett (Gesang). Eintrittskarten à 2,00 Mk. im Bureau der „Arbeiter-Jugend“, In den Jellen 28, und in der Buchhandlung „Vorwärts“, Lindenstraße 2.

Mißbrauch zu Reklamezwecken. Von der Firma Gustav Cordts wird uns mitgeteilt, daß die in der Presse veröffentlichte Anzeige, ihre Firma veranstalte vom 16. ab eine große Rodenschau im Restaurationsbetrieb des „Palais der Friederichstadt“, als ein Mißbrauch der Firma Cordts zu betrachten sei. Es sei ihr bis zum Erscheinen des Interats von dem Unternehmen einer Rodenschau ihres Hauses nichts bekannt gewesen.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hat zusammen mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zur Bänderung der Bekleidungsnot auch in Berlin und Vororten Verteilungsstellen der Warenverfugungsstelle Deutscher Gewerkschaften eingerichtet. Wir verweisen auf das Inserat in der heutigen Auflage, und ist im Beifolge der Gewerkschaftsmitglieder, dieses neu gegründete Unternehmen sämtlicher Gewerkschaften zu unterstützen, zumal in bezug auf Preise und Qualität große Vorteile geboten werden und den Kollegen Arbeit geschaffen wird.

Führungen im Botanischen Garten Tadelm. Wie in den Vorjahren, werden auch in diesem Sommer wieder vollständige Führungen,

# Stine Menschenkind.

## II. Rütterchen.

Von Martin Andersen Nexö.

Lars Peter steckte die Hand in die Weste und zog die Brieftasche hervor, sie war leer! Johannes hatte aus der gemeinsamen Kasse hundertfünfzig Kronen mitgenommen — Geld, für das Vieh gekauft werden sollte. Mehr war nicht im Hause; und diesen Betrag hatte er also durchgebracht.

Lars Peters Hände zitterten. Er beugte sich über den Bruder, als wollte er ihn anfassen; aber dann richtete er sich auf und verließ die Tenne. Ein paar Stunden schlenderte er umher, um dem Bruder Zeit zu lassen, seinen Raub einigermaßen auszuschlafen. Dann ging er wieder hinein, nun sollte abgerechnet werden. Er rüttelte den Bruder wach.

„Wo ist das Geld, für das die Färse kaufen wollten?“ fragte er.

„Was schert das dich?“ Johannes wälzte sich auf die andere Seite.

Lars Peter stellte ihn auf die Beine. „Ich hab' mit dir zu reden,“ sagte er.

„Ach, scher' dich zur Hölle,“ murmelte Johannes. Er schlug die Augen gar nicht auf, sondern taumelte tiefer in die Scheune hinein und warf sich ins Heu.

Lars Peter holte einen Eimer eiskaltes Wasser vom Brunnen. „Nun sollst du aufwachen, du magst wollen oder nicht!“ sagte er und ließ Wasser über seinen Kopf.

Wie eine Kugel war Johannes auf den Beinen und hatte sein Messer hervorgeholt. Er ging einmal um sich selbst herum, durch das plötzliche Erwachen verwirrt; dann fiel sein Blick auf den Bruder, und er setzte zum Sprunge auf ihn an. Lars Peter fühlte einen Stich in der Wange, die Klinge des Messers knirschte gegen seine Backzähne. Mit einem Faustschlag schleuderte er Johannes zu Boden und warf sich über ihn, um ihm das Messer zu entreißen. Johannes war stark und blühschnell in seinen Bewegungen; er wand und bog sich, bediente sich seiner Zähne und suchte mit dem Messer heranzukommen. Der Schaum stand ihm vorm Munde. Lars Peter mußte das Messer mit den Händen abwehren. Beide bluteten aus mehreren Stichen. Erst als Lars Peter dem Bruder das Knie hart auf das Zwerchfell setzte, überwand er ihn.

Johannes rang nach Atem. „Lass mich los!“ fauchte er. „Ja, wenn du glaubst, daß du dich bezähmen kannst,“ sagte Lars Peter und lockerte den Griff ein wenig. „Du bist mein jüngster Bruder, und ich will dir ungern etwas zuleide tun; aber mich wie ein Schwein von dir abschlagen zu lassen, dazu hab' ich keine Lust.“

Johannes stemmte mit einem plötzlichen Ruck Rücken und Fersen gegen den Boden, um den Bruder abzuwerfen. Es gelang ihm, den einen Arm freizumachen, und er warf sich nach der andern Seite hin, um des Messers habhaft zu werden, das eine gute Armlänge von ihm entfernt lag.

„Ach, so!“ rief Lars Peter, und zwang ihn mit seinem ganzen Gewicht auf den Boden der Tenne — „dann ist es wohl das Beste, ich binde dich fest. Bringst mir einen Strick, Kinder!“

Die drei standen vor der Tür der Tenne auf einem Klumpen und schauten dem Kampfe zu, sich hintereinander lernend. „Nun!“ rief der Vater. Da schob Christian ins Haus, um Stine zu holen, und sie brachte eine Schnur. Ohne Furcht ging sie zu den Kämpfenden hin und reichte sie dem Vater. „Soll ich dir helfen?“ fragte sie.

„Nein, das ist nicht nötig, Mädel,“ sagte Lars Peter lachend. „Halt' nur die Schnur, während ich unsern Patron umdrehe.“

Er hand dem Bruder die Hände auf dem Rücken gehörig fest, dann richtete er ihn auf und büstete ihn ab. „Du siehst aus wie ein Schwein,“ sagte er — „du mußt dich ja im Straßendreck gewälzt haben. Jetzt komm ruhig in die Stube, sonst steh' ich für nichts ein. Deine Schuld ist es nicht, wenn du heute nicht zum Mörder geworden bist.“

Johannes wurde ins Haus geführt und auf den Strohsack am Ofen gesetzt. Die Kinder wurden hinausgeschickt, Stine und Christian mit dem Bescheid, das Fuhrwerk des Onkels anzuspannen.

„Jetzt, wo wir allein sind, will ich dir sagen, daß du dich ganz und gar wie ein Bündel benommen hast,“ sagte Lars Peter langsam. „Da hat man sich viele Jahre lang nach seinen Verwandten gesehnt, und als du dann kommst, war's wie ein Gruß aus der Heimat. Jetzt möcht' ich viel darum geben, wenn ich diesen Gruß nie bekommen hätte. Wir hier haben alle etwas Gutes in dir; verwöhnt waren wir nicht, darum war' es nicht schwer für dich gewesen, uns im guten festzuhalten. Aber in was hast du uns hineingebracht, in

Schweineerei, Schurkenstreich und Schleichgierigkeit! Du kannst dir wohl denken, daß du hier ausgemirchelt hast; du kriegst das eine Fuhrwerk und was sonst noch dein genannt werden kann, und damit fertig! Geld kannst du nicht bekommen. Du hast mehr durchgebracht, als dir zukam.“

Johannes antwortete nicht. Er schielte nach der Seite, als gönnte er dem Bruder seinen Blick nicht.

Draußen fuhr der Wagen vor, und Lars Peter führte ihn hinaus und hob ihn wie ein Kind auf den Sitz. Dann löste er den Strick mit seinen erstochenen, blutigen Händen. — aus der Wunde an der Wange stieß ihm das Blut über Kinn und Anzug. „Nun mach', daß du fortkommst!“ sagte er drohend und wischte das Blut von seinem Kinn ab. „Aber laß es im guten gehehn!“

Johannes sah einen Augenblick auf dem Sitz, schwankend wie ein Schlafender. Plötzlich raffte er sich auf und stimmte ein schallendes Gelächter an. Er zog an der Leine und sagte um den Stiel nach der Landstraße hin. Lars Peter starrte dem Fuhrwerk eine Weile nach, dann ging er ins Haus und wusch sich das Blut ab. Stine habete seine Schrammen in kaltem Wasser und legte Heftpflaster darauf.

In den folgenden Tagen hatten die beiden emsig zu schaffen, um die Spuren der Sommerdichtigkeit zu beseitigen. Lars Peter vergrub die letzten Aasreste, warf den Block beiseite und mistete aus. Wenn zur Nachtzeit der eine oder andere Bauer mit dem Peitschenfidel an die Fensterklappe klopfte und rief: „Lars Peter, ich hab' trepirtes Vieh für dich,“ so antwortete er nicht. Er wollte den Wurfschlächter und den Hundeschlächter und den Kadaverschlächter wieder von sich abschütteln.

## 8. Ausbruch aus dem Eisternest.

Stine trällerte bei der Arbeit; sie hatte allein für das Ganze zu sorgen und war bald drinnen, bald draußen. Vor dem einen Auge trug sie eine Binde, und jedesmal wenn sie an der Küche vorbeikam, lästete sie die Binde und badete das Auge in etwas Braunem in einer Tasse — Urin. Das war ein Mittel, in dessen Anwendung die Großmutter sie seinerzeit unterrichtet hatte. Das Auge war blutunterlaufen und tat weh, es spielte in allen Farben; und doch war sie froh. Ja, eigentlich war das kranke Auge schuld an ihrer guten Laune. Sie sollten vom Eisternest fort, weit fort und für immer, und das hatte das Auge ausgerichtet. (Fortf. folgt.)



# Vor der Auflösung der Orgek.

Neuer Rückzug Bayerns.

In der Freitagssitzung des 25. Ausschusses des Reichstages (Beratung der Selbstschutzzorgorganisationen), der der Reichsanwalt Fehrenbach, Reichsminister Dr. Simons sowie Reichsminister Dr. Koch beizuhören, machte der Vorsitzende Abg. Hildebrand (Soz.) zur beschleunigten Beratung, um den Entwurf noch vor den Osterferien zu verabschieden zu können. — Bayr. Gesandter v. Preller verlas die Wortlaut der Rede des bayerischen Ministerpräsidenten, um zu beweisen, daß sich dieser nicht gegen die Ausführung der Reichsgesetze gewendet habe und fährt dann fort: — In der gestrigen Rede im Bayerischen Landtag hat Herr v. Kahr, um etwaigen Mißverständnissen vorzubeugen, ausdrücklich ausgesprochen, daß der

## Kampf gegen das Entwaffnungsgesetz

nicht ein Kampf gegen die Reichseinheit sei, und daß von einer Revolte Bayerns gegen das Reich keine Rede sein könne. Wäre die bayerische Regierung rechtzeitig von der Einbringung des Entwurfes verständigt worden, hätten verschiedene Mißverständnisse vermieden werden können.

Abg. Dr. Becker-Hessen (D. Sp.): Meine Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß der Friedensvertrag ausgeführt werden muß. Die bayerische Regierung scheint damit nicht einverstanden zu sein. Die sachliche Beratung leidet darunter, daß die ganzen Erörterungen fast ausschließlich auf bayerische Verhältnisse eingeleitet sind. — Abg. Henning (Dnat. Sp.): Der Gesetzentwurf scheint über die Bestimmungen des Friedensvertrages hinauszuweisen. Handelt es sich hier um ein verfassungsänderndes Gesetz? — Reichsminister Koch: Die Reichsregierung hält die Verabschiedung des Gesetzes für außerordentlich dringlich; auch für den Reichstag ist die Verantwortung für das Nichtzustandekommen außerordentlich groß. An den vorzeitig veröffentlichten und an den Reichstag gebrachten Vorlagen und an den übertriebenen Protesten gegen sie trägt die Reichsregierung keine Schuld. Solange sich ein Gesetz im Rahmen des Friedensvertrages hält, kann nicht von einem verfassungsändernden Gesetz gesprochen werden.

Abg. Seemann (Soz.): Zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Ostpreußen reicht die Reichswehr völlig aus. Einmühen wehren erweitert nur die Kluft zwischen den Parteien und den einzelnen Bevölkerungskreisen. Solange die Ostpreußen nicht aufgeheißt werden, bleiben auch die sozialdemokratischen Mitglieder darin, um die Ostpreußen nicht ganz nach rechts abzurufen zu lassen. — Abg. Rosenfeld (U. Soz.): Die zweite Rede des Herrn v. Kahr ist zwar etwas geschickter gewesen, aber seine Stellungnahme gegen ein Reichsgesetz ist und bleibt ein unerhörtes Vorgehen. Die Ausführung des Gesetzes darf nicht in die Hände der Landesregierungen gelegt werden. — Abg. Unterleitner (U. Soz.): § 1 geht über den Friedensvertrag hinaus. — Ein Vertreter des Reichsjustizministeriums: Das Reich bei diesem Gesetz liegt auf dem Gebiet des Strafrechts, auf dem das Reich völlig souverän ist. — Abg. Schiffer (Dem.): Zur Vermeidung weiterer Vermischungen und Zwangsmahnungen muß das Gesetz schnellstens verabschiedet werden. Die technischen Schwierigkeiten der Materie und die in Frage kommenden Eingriffe in die Rechte der Staatsbürger lassen die Sache aber nicht über das Knie brechen. Der Friedensvertrag muß restlos durchgeführt werden, aber nicht mehr.

Reichsanwalt Fehrenbach: Der außenpolitische Druck und der des Friedensvertrages machen eine rasche Verabschiedung des Gesetzes dringend notwendig. Die aus einer längeren Verzögerung entstehenden Konsequenzen vermag weder ich noch die Reichsregierung zu tragen. — Abg. Dr. Fischer (Zentr.) verlangt Rechtsgarantien gegen eine allzu scharfe Ausführung des Gesetzes bei Verletzung eines Artikels einer Vereinbarung. — Reichsminister Koch sagt zu, daß bei einem einmaligen Verstoß eines Mitgliedes der in Frage kommende Verein nicht aufgelöst werden soll. Gegenüber den Ausführungen von Rednern der Linken sucht der Minister festzustellen, daß der Friedensvertrag und der Vertrag von Spa keine Verletzung der Disziplin vorsehen. Das Pariser Diktat verlangt allerdings mehr; dieses ist aber von uns nicht anerkannt worden. — Damit schließt die Generaldebatte. Der Ausschuss einigt sich für die Spezialberatung auf zwei Lesungen. — Weiterberatung Sonnabend.

## Der General als Amme.

Folgender skandalöse Vorfall, der auf die Annahme gewisser militärischer Kreise ein bezeichnendes Licht wirft, wird uns zur Kenntnis gebracht:

In Allenstein betreibt ein Parteigenosse seit seiner Rückkehr aus dem Frontdienst ein Schankgeschäft. Die Kundschaft setzt sich hauptsächlich aus freigewerblich organisierten Arbeitern zusammen. Versammlungen finden des beschränkten Raumes wegen nicht statt. Zu Zusammenkünften mit anderen Gästen kam es noch niemals. Im Sommer vorigen Jahres mußte unser Gewährsmann nun die Wahrnehmung machen, daß Reichswehrangehörige, die bis dahin auch zu seinen Gästen gezählt hatten, das Lokal nicht mehr besuchten. Durch Umfrage wurde festgestellt, daß dies auf ein Verbot des Garnisonkommandos zurückzuführen war. Auf eine Beschwerde beim Kommandeur der R. W. Nr. 20 erhielt unser Parteigenosse folgenden Bescheid:

Garnison-Komm. Allenstein, den 20. 10. 20. Tsg. Nr. 20/20. pers.

Herrn Anton R. ....

Allenstein, Hindenburgstraße.

Auf Ihr Schreiben vom 30. d. 20 an den Kommandeur der Reichswehrbrigade 20 teile ich Ihnen folgendes mit: Erstens ist vom Garnison-Komm. aus kein Verbot Ihres Lokals erlassen worden, sondern es sind nur die Kommandeure darauf hingewiesen worden, daß den Reichswehrangehörigen empfohlen wird, das „Neue Rathaus-Restaurant“ zu meiden; zweitens, zu meinem Bedauern sehe ich mich nicht in der Lage, diesen Wunsch meines Vorgängers auszuführen, da ich noch wie vor daran festhalten muß, daß der Verkehr von Reichswehrangehörigen mit dem bei Ihnen verkehrenden Zivilpublikum nicht wünschenswert ist.

gez. Ehrhardt, Generalmajor u. Garnison-Adjutant.

Beachtenswert an diesem anmaßenden Schreiben ist die Spitzfindigkeit, mit der zwischen einem Verbot und der tatsächlich erfolgten Aufforderung zum Boykott unterschieden wird. Im übrigen atmet das Schreiben ganz den Geist aus jener Zeit, in der man glaubte, das Militär vor dem „zerstörerischen Einfluß“ des Zivilpublikums, insbesondere der Arbeiterschaft durch Verbote derartigen Inhalts schützen zu sollen. Daß solche Dinge auch heute noch vorkommen können, ist ein Skandal ohne gleichen, und die zuständigen Behörden sollten den Herrn Generalmajor Ehrhardt mit dem nötigen Nachdruck darüber aufzuklären, daß er zwar der Vorgesetzte der Reichswehrsoldaten, nicht aber ihre — Amme ist, die die Kindlein vor Schaden und Juglust zu bewahren hätte.

Ein langsamer Steuerzahler. Doorn, 18. März. (592.) In der Gemeinderatsversammlung von Doorn stellte ein Mitglied die Frage, weshalb der frühere deutsche Kaiser noch keinen Steuerzettel erhalten hätte. Der Vorsitzende antwortete, dies sei noch nicht geschehen, da der Kaiser von der holländischen Regierung jederzeit die Erlaubnis erhalten habe, mit der Angabe seines Einkommens bis zum 1. April zu warten. Der Kaiser werde aber die Steuern für 1920 noch bezahlen müssen.

# Abrechnung mit Ludendorff.

Der nachfolgende Offene Brief des früheren Ministers des Auswärtigen Grafen Brodhorff-Rangau an den General der Infanterie a. D. Ludendorff geht dem B.T.B. mit dem Ersuchen um Veröffentlichung zu.

Herr General der Infanterie!

Unter der Ueberschrift „Der Zwang im Kriege“ veröffentlichte Euzellenz am 26. Februar d. J. im „Militärwochenblatt“ einen Artikel; in diesem Artikel zitieren Sie aus dem Werke eines Herrn Albrecht Birih folgenden Passus:

„Am 10. März Brodhorff-Rangau, der als Gesandter in Kopenhagen eine seiner Lebensführung entsprechende überaus bunte Gesellschaft um sich gesammelt hatte, und der offen den Umsturz betrieb, durch Barons-Helphand, einen der gerissensten Offiziere, auf den leuchtenden Gedanken, den Teufel durch Beckzuber auszutreiben und die Revolution durch die Anarchie zu erschüttern. Er regte dazu an, Lenin und Trotzki nach Rußland zu befördern und dadurch den Bolschewiki zur Macht zu verhelfen.“

Dieser Passus ist hier an amtlichen und außeramtlichen Stellen dahin ausgelegt worden, daß mir der Vorwurf gemacht wird, ich hätte in Deutschland auf den Umsturz hingearbeitet, mit anderen Worten, mich des Hochverrats schuldig gemacht. Infolgedessen habe ich, sobald ich von dem Artikel Kenntnis erhalten hatte, Euzellenz von Berg gebeten, in meinem Auftrage Euzellenz um Aufklärung zu ersuchen und zur Wahrung meiner Ehre von Euzellenz im „Militärwochenblatt“ die Erklärung zu verlangen, daß es Ihnen selbstverständlich nicht in den Sinn gekommen sei, mir den ungeheuerlichen Vorwurf des Hochverrats zu machen, und daß Sie sich keineswegs mit der jedenfalls leicht mißzuverstehenden Äußerung des Herrn Birih, die, wie ich hier wiederhole, hier auch an maßgebenden Stellen als Verdächtigung des Hochverrats aufgefaßt worden ist, identifizieren.

Euzellenz haben, wie ich soeben erfahre, Herrn von Berg gegenüber es abgelehnt, meinem Verlangen zu entsprechen. Ich sehe mich daher genötigt, vor der Öffentlichkeit folgendes festzustellen:

Euzellenz weigern sich, den zum mindesten mißverständlichen und tatsächlich mißverständlichen Passus des Herrn Birih klarzustellen und identifizieren sich also mit dieser Äußerung, die geeignet ist, meine Ehre in der schwersten Form zu kränken. Zur Steuer der Wahrheit und um mit den nichts würdigen Umständen gegen meine Person und meine politische Tätigkeit aufzuräumen, konstatiere ich daher nachstehendes:

Ähnliche Verdächtigungen, wie sie in der von Ihnen zitierten Äußerung erblickt worden sind, wurden bereits, wie Euzellenz bekannt, während des Krieges gegen mich erhoben. Professor Harms in Kiel hatte Ende 1917 einen Bericht an die Oberste Heeresleitung erstattet, in dem er mich als Defaitisten denunzierte und behauptete, daß ich mich als deutscher Gesandter in Kopenhagen für den Plan einer Abtreibung Nordschleswigs einsetze. Ich habe daraufhin unter dem 24. Dezember 1917 eine eingehende Depesche an das Auswärtige Amt gerichtet, deren Schluß folgendermaßen lautet:

„Weil ich Grund habe, anzunehmen, daß seine (des Professors Harms) Gewährs- und Hintermänner weniger in Dänemark als in Deutschland zu suchen sind, bestehe ich auf einer sofortigen Untersuchung; vielleicht schafft diese endlich Klarheit, auch darüber, welche Subjekte hinter den seit sechs Monaten in der Presse gegen mich getriebenen Intrigen stehen.“

Eine erfolgreiche politische Tätigkeit ist heute für mich hier ausgeschlossen, wenn ich nicht die Gewißheit habe, persönlich dauernd auch das volle Vertrauen der Obersten Heeresleitung zu besitzen.“

Der Inhalt dieses Telegramms ist Euzellenz unter dem 25. Dezember mitgeteilt worden. Am 26. Dezember habe ich in der gleichen Angelegenheit an den Reichsanwalt Grafen Hertling einen ausführlichen Bericht erstattet, der Euzellenz

Erzellenz auf meinen ausdrücklichen Wunsch am 1. Januar 1918 zur Kenntnis gebracht worden ist. Dieser Bericht schließt wörtlich:

„Ich weiß sehr wohl, daß manchen Herren bei uns die Politik nicht behagt, die ich in Dänemark inauguriert habe; da sie die Erfolge dieser Politik aber nicht abstreiten können, versuchen sie jetzt, mich persönlich zu verunglimpfen und als subversives Element zu verdächtigen. Ich überlasse es beruhigt dem Urteil der Geschichte, zu entscheiden, wer dem Lande und der Krone treuer und unelgennütziger gedient hat — diese Herren oder ich.“

Der Fall Harms wurde für mich erst befriedigend erledigt, nachdem ich dem Reichsanwalt gemeldet hatte, daß ich meinen Abschied einreichen werde und entschlossen sei, mein Rücktrittsgesuch vor Seiner Majestät dem Kaiser persönlich zu begründen. Ich habe gleichzeitig eine Ehrenerklärung Euzellenz verlangt, die Sie in der von mir geforderten Form abgegeben haben. Ihre an den Grafen Hertling gerichtete Erklärung lautet wörtlich:

„Euzellenz spreche ich für die im Interesse einer Beilegung der Angelegenheit unternommenen Schritte meinen Dank aus. Ich bitte den Herrn Reichsanwalt Grafen Brodhorff-Rangau wissen zu lassen, daß das ihm von der Obersten Heeresleitung, und insbesondere von mir persönlich, bisher stets entgegengebrachte Vertrauen durch die Berichte des Professors Harms in keiner Weise erschüttert worden ist.“

Diese Erklärung ist von Euzellenz am 17. Mai 1918 abgegeben worden. Die Vorgänge, die in dem Artikel „Der Zwang im Kriege“ erwähnt werden, haben sich im Jahre 1917, also ein Jahr früher, abgespielt; ich muß annehmen, daß sie der Obersten Heeresleitung bekannt waren, ebenso wie die Rolle, die ich dabei gespielt haben soll, und die keineswegs der Darstellung des Herrn Birih entspricht.

Trotz der mir noch 1918 schriftlich gegebenen Versicherung Ihres persönlichen Vertrauens und des Vertrauens der Obersten Heeresleitung weigern Euzellenz sich jetzt aber, mich vor dem Verdacht des Hochverrats, der in der Äußerung des Herrn Birih erblickt worden ist, zu schützen und zu erklären, daß es Ihnen ferngelegen habe, mich des feigsten Verbrechens zeihen zu wollen. Ich überlasse es dem Urteil der Militär- und Nachwelt, darüber zu entscheiden, ob Euzellenz Tätigkeit während und nach dem Kriege dem deutschen Volke schließlich nützlicher gewesen ist als meine Arbeit.

Leider bin ich zu spät in die leitende politische Stellung berufen worden, sonst hätte ich versucht, Euzellenz das Eingeständnis zu erleichtern, daß nach der verunglückten Offensive im Juli 1918, wenn nicht schon früher, der Krieg für uns militärisch verloren war. Ob Euzellenz sich bewußt oder unbewußt dieser Erkenntnis verschlossen haben, weiß ich nicht; diesen Entschluß nicht gefunden zu haben, bleibt die ungeheure Verantwortung, die Sie vor dem deutschen Volke und der Geschichte tragen.

Durch die Angriffe im „Militärwochenblatt“ war ich zu meinem tiefen Bedauern genötigt, die Rolle, die Euzellenz gespielt haben, vor der Öffentlichkeit darzulegen. Dabei haben wichtige vaterländische Interessen mich abgehalten, Vorgänge zu erwähnen, deren Erwähnung dem Lande nachteilig sein könnte. Bis heute habe ich diese Rücksicht bei der Abwehr der Angriffe gegen meine Person beobachtet und hoffe, daß es mir möglich sein wird, diese freiwillig übernommene Schweigepflicht auch in Zukunft zu üben.

Das Vaterland steht über der Person.

Berlin, den 18. März 1921.

gez. Brodhorff-Rangau.

## Zufallsmehrheit der Scharfmacher.

Dresden, 18. März. (Ill.) Der Landtag nahm in seiner gestrigen Sitzung den Antrag der demokratischen Abgeordneten, das Brandland mit Sicherheitspolizei in ausreichender Weise zu schützen und durch eine Kundgebung an die Bevölkerung zur Kenntnis zu bringen, daß die Falkenstein Verbrechen nicht unter die geplanten Amnestie fallen, mit den bürgerlichen Stimmen an. Die Annahme war, wie des öfteren in der letzten Zeit, nur durch eine zufällige Mehrheit der Bürgerlichen möglich und erfolgte trotz des Widerspruchs der Regierung.

## Schönte Belohnung für Ergreifung der Attentäter.

Der Reichsentwaffnungskommissar hat die vom Präsidenten des Landgerichts in Plauen ausgesetzte Belohnung von 5000 M. für die Ergreifung der Täter des Falkenstein Bombenanschlags um 25 000 M. auf 30 000 M. erhöht. Die im vorigen Jahre ausgeworfene Belohnung von etwa 30 000 M. auf die Ergreifung des Max Häg bleibt nebenher bestehen.

## Ausperrung in Dänemark.

Kopenhagen, 18. März. (Eg. Drahttelegramm des „Vorwärts“.) Um den Widerstand der Arbeiter gegen eine 30prozentige Lohnerhöhung zu brechen, haben die Unternehmer heute 50 000 Arbeiter, vornehmlich der Textil- und Eisenindustrie gesperrt.

## Kronstadts Fall.

Kopenhagen, 18. März. (B.T.B.) Telegramme aus Helsingfors belagern: Der finnische Grenzkommandant teilt dem Minister des Innern in Helsingfors mit, daß ein langer Strom von Flüchtlingen, von denen der größte Teil Militärpersonen sind, sich über das Eis von Kronstadt nach Finnland bewegt. Das amerikanische Rote Kreuz hat die Verpflegung der Flüchtlinge übernommen. General Koslowski, der sich unter den Flüchtlingen befindet, teilt mit, daß Kronstadt am 2. März nach Petersburg die Meldung sandte, man erkenne die jegliche Gewalt Herrschaft der Räte nicht an. In Uebereinstimmung hiermit wurde in Kronstadt ein Komitee aus Arbeitern und Arbeitern gebildet. Alle früheren Offiziere boten dem Komitee ihren Dienst an und übernahmen die Leitung der Operationen. Am 3. wurde ein Rat gebildet und am folgenden Tage schlugen die militärischen Mitglieder vor, auf Oranienbaum einen Angriff zu unternehmen. Das Komitee stimmte jedoch diesem Vorschlage nicht zu. Nachdem man auf diese Weise veräußert hatte, zum Angriff überzugehen, richtete man sich auf die Verteidigung ein.

Die Angriffe der Kommunisten wurden jeden Tag erneuert; den letzten Angriff konnte man nicht zurückweisen.

Nach anderer Meldung soll Trozki's erneutes Amnestieangebot die Kapitulation beschleunigt haben.

## Tschechische Krise.

Nach einer Prager Drahtung des „E.“ fordert die tschechische Presse fast einmütig die Auflösung der vor einem Jahre gewählten Nationalversammlung und Ausdehnung von Neuwahlen, sowie den Rücktritt der Beamtenregierung, von der bereits die Minister für Handel und Finanzen abgedankt haben. Das Parlament hat mit großer Majorität genehmigt, das stehende Heer durch Miliz zu ersetzen. Der Staat muß auf Ententeidillat allgemeine Wehrpflicht haben. In den Kommunistenprozessen wurden bis jetzt an 180 Jahre schweren Kerker verhängt.

R. P. Tsch.

Der Reichsberger Parteitag hat programmgemäß die kommunistische Partei gegründet, aber nicht — wie Moskau und seine Reichsberger wünschten — die einheitliche, gemeinsame, übernationale, sondern nur die „Deutsche Abteilung“. Die tschechischen Linken zögern noch.

## Revision des Debs-Prozesses?

Washington, 18. März. (Havas.) Präsident Harding hat den Attorneygeneral erucht, den Fall des wegen Kriegsgegnerlichkeit auf zehn Jahre ins Zuchthaus gestraften Sozialistenführers Eugen Debs zu prüfen. Debs war bei der Präsidentenwahl wiederholt sozialistischer Kandidat.

Beschlagnahme einer „Roten Fahne“. Am Freitag erschienen Kriminalpolizisten in der „Roten Fahne“, um die noch vorhandenen Nummern der Morgenausgabe zu beschlagnehmen. Den Anlaß zu dieser Beschlagnahme gab nach Ill. der Artikel „Eine klare Antwort“. Der Betrieb wurde von der Kriminalpolizei besetzt, um die Herausgabe der Kopien zu verhindern. Nach einigen Stunden entfernte sich die Polizei.

Trennung von Staat und Kirche in Neuh J. L. Die Trennung von Staat und Kirche in Neuh J. L. steht nach Meldung der Ill. unmittelbar bevor. Das Staatsgesetz ist für die nächsten vier Wochen angekündigt. Die verfassunggebende Synode der evangelischen Bundeskirche hat den Bundeskirchenrat an Stelle der staatlichen Kirchenleitung bereits gebilligt. Er besteht aus dem künftigen Landesoberpfarrer und zwei Laien. Ein ständiger Synodalausschuß von vier Mitgliedern bildet mit ihnen den erweiterten Bundeskirchenrat. Der Verwaltungstrennung wird die finanzielle Trennung von Staat und Kirche folgen.



